

Wir Berlinerinnen

Dezember 2008

Nr. 103

Liebe Ladies,

jetzt haben „wir“ (leider) keine amerikanische Präsidentin namens Hillary Clinton und (zum Glück) nicht einmal eine Vizepräsidentin namens Sarah Palin bekommen. Ob wir 2009 eine „eigene“ Präsidentin namens Gesine Schwan haben werden, ist zumindest derzeit höchst ungewiss. Also müssen wir uns entscheiden, ob wir nicht doch Angela Merkel zur „Kanzlerin der Herzen“ (v)erklären oder alternativ den Schritt über den Atlantik wagen und Barack Obama und die gesamte „First Family“ ins Herz schließen – zumal sie, selbst wenn der „First Dog“ männlichen Geschlechts sein sollte, in ihrer Mehrheit eindeutig weiblich ist. Es ist schon eine Crux: Wir sehnen uns nach Emotionen mindestens ebenso wie nach Glamour. Aber wäre es in Deutschland denkbar, dass eine Politikerin oder ein Politiker mit ihrem/seinem Clan fröhlich winkend die Bühne betritt, und das in farblich aufeinander abgestimmten Designerklamotten? Eindeutig: nein! Noch weniger denkbar wäre es, wenn Angela Merkel oder Frank-Walter Steinmeier über Liebe zu Deutschland, seinen Menschen und seiner Natur predigen und jeden Satz mit dem Ausruf „Yes, we can!“ beenden würden. Gefühle in der Politik – schon fürchten wir, dass hier die Demagogie ihre hässliche Fratze zeigt. Inszenierte Parteitage – schon wittern wir Blendwerke und ahnen düster, dass wir hinter die Fichte geführt werden sollen. Jubelnde, Schilder und Transparente schwenkende Anhänger und Anhängerinnen, gab es das nicht zuletzt zu DDR-Zeiten? Tja, ich fürchte, dass wir uns auch weiterhin in der staubtrockenen Tiefebene der deutschen Politik bewegen werden und, wenn wir ein wenig Wärme für unsere Herzen suchen, die Fernbedienung in die Hand nehmen und CNN, NBC, ABC oder einen anderen US-amerikanischen TV-Kanal anklicken müssen; weitere Möglichkeiten zur Wärmegewinnung bietet selbstverständlich das Internet.

Das Stichwort „Wärme“ ist jedoch nicht unbehaftet von Problemen: Katastrophenaffin, wie wir hierzulande nun einmal sind, denken wir natürlich sofort an Erderwärmung oder lieber gleich an Klimakatastrophe. Hingerissen vom selbstskizzierten Untergangsszenario verdrängen wir erfolgreich, dass es der Menschheit bis ins letzte Jahrhundert hinein in wärmeren Zeiten stets besser gegangen ist als bei echten oder gefühlten Kälteeinbrüchen. Statt zu beschließen, die ärgsten Umweltsünden künftig möglichst zu vermeiden und damit auf eine Besserung der Verhältnisse zu vertrauen – gelungene Beispiele sind verkleinerte Ozonlöcher und ein immerhin deutlich gebremstes Waldsterben –, stellen wir uns lieber die Frage, wie lange es noch bis zum endgültigen Weltuntergang dauern wird. Alles nur eine Frage der Zeit. Aber damit uns diese Zeit nicht zu lang wird, überbrücken wir sie flugs alternativ oder kumulativ mit Finanz- und Bildungskatastrophen.

So groß jedoch die Misere auch sein mögen oder sich zumindest anfühlen, liebe Ladies, es ist die Stunde der Frauen. Wann sonst, wenn nicht heute, schlägt unsere Stunde? Frauen waren es doch immer in der Geschichte und überall auf der Welt, die angesichts allgemeiner (männlicher) Hoffnungslosigkeit die Ärmel hochgekrempt und den Karren aus dem Dreck gezogen haben. Wir sollten 2009 zum Jahr der mutigen und mutmachenden Frauen erklären! Zu feiern gibt es auch einiges: 60 Jahre Grundgesetz und damit sechs Jahrzehnte Gleichberechtigung sind doch Anlass genug – und 30 Jahre LFR Berlin sind ebenfalls ein schöner Grund zum Feiern. Zunächst jedoch wünsche ich Ihnen gesegnete Weihnachten und für 2009 Mut, Kraft, Erfolg und natürlich Gesundheit. Mit der Bitte um Unterstützung herzlichst Ihre



LandesFrauenRat



Berlin e.V.

LFR Sachsen-Anhalt zur Kinderarmut

♦ Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt hat sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen und eine Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung ausgesprochen. Während einer Anhörung im Landtag hat er am 23. November 2008 Position zu „Handlungsoptionen gegen Kinderarmut“ bezogen. Als gleichstellungspolitische Instrumente hat der Landesfrauenrat in diesem Zusammenhang unter anderem Gender Budgeting und geschlechterdifferenzierte Berufsberatung genannt.

Als wichtigsten Schutz vor Kinderarmut sieht der LFR Sachsen-Anhalt die eigenständige Existenzsicherung für Eltern: „Die erste und beste Prävention gegen Kinderarmut ist Arbeit für die Eltern. Und diese Arbeit muss sozialversicherungspflichtig sowie auskömmlich sein, ohne dass weitere staatliche Leistungen bezogen werden müssen.“ Vor diesem Hintergrund müssten alle Maßnahmen des Landes, der Agenturen und ARGE n zur Arbeitsmarktförderung auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden, insbesondere auf ihr Wirkung auf alleinerziehender Mütter oder Väter. „Der Landesfrauenrat empfiehlt hierfür das Instrument Gender Budgeting. Es muss ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden“, heißt es in der Stellungnahme. Bildung sei die beste Armutsprävention. Deshalb tritt der LFR für einen Ganztagsanspruch auf einen Kitaplatz ein. „Zur tatsächlichen Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der stressfreien Verbindung von Schule und Freizeitengagement der Kinder treten wir für die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen als Angebot an Familien ein.“ Grundsätzlich sei mehr Wert auf eine frühzeitige Berufsorientierung und ein Schwerpunkt auf die geschlechterdifferenzierte Berufsberatung zu legen.

Infos: www.landesfrauenrat.de

Inhalt

Thema	
Wahljahr 2009	Seite 9 bis 12
LFR Aktuell	
Ausblick: 30 Jahre LFR Berlin	Seite 3
Fahnenaktion am 25. November	Seite 6
LFR-Besuch beim DHB	Seite 7
Veranstaltung 90 Jahre Frauenwahlrecht	Seite 8
Berlin	
BerlinerInnen wollen Gemeinschaftsschule	Seite 16
Rundfunkrat wählte Programmdirektorin	Seite 16
Aufruf zum Mammographie-Screening	Seite 17
Gleichstellung an Berliner Hochschulen	Seite 18
Frauenpolitik national	
Neu in 2009	Seite 19
CEDAW-Alternativbericht	Seite 20
Fazit zum Elterngeld	Seite 20
Frauenhäuser fordern Finanzsicherheit	Seite 21
60 Jahre Erklärung der Menschenrechte	Seite 21
Konfliktsituationen in der Schwangerschaft	Seite 22
DGB: Mehr Lohn mit Schnauzbart?	Seite 23
Frauenpolitik international	
KDFB: Kampagne zu Milleniumszielen	Seite 24
Weltbevölkerungsbericht	Seite 24
Verbände auf einen Blick	
KDFB: Position zur Entgeltgleichheit	Seite 25
60 Jahre Deutscher Juristinnenbund	Seite 26
dbb-Frauen: Vorsicht, Gleichstellung	Seite 27
Jahreskurs: Die Löwinnen	Seite 27
Rubriken	
Impressum	Seite 2
LFR unterwegs	Seite 4 bis 5
Personalia	Seite 13
Neue Studien	Seite 14 bis 15
Tipps	Seite 16
Literatur	Seite 18
Aufgespießt	Seite 28

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1, 10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10, Fax: 030/86 00 88 40, E-Mail: lfr-berlin@t-online.de

www.landesfrauenrat-berlin.de

Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Marlies Brouwers, Gisela Brokamp, Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasserin und nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 17.12.2008

Der LFR Berlin geht ins Jubiläumsjahr 2009

♦ Der LandesFrauenRat Berlin kann auf 30 bewegte Jahre zurückblicken: Am 9. Juli 1979 gründete die Arbeitsgemeinschaft Berliner Frauenverbände im Raum 2113 im Rathaus Schöneberg mit einem einstimmigen Beschluss den LandesFrauenRat Berlin e.V. Zur Vorsitzenden wurde Johanna Lemke (*2007) gewählt. Zu den Frauen der ersten Stunde gehören außerdem Annelore Lange-Stümpfig als stellvertretende Vorsitzende, Gertraud Schilling, zuvor Pressereferentin der Arbeitsgemeinschaft und jetzt Schriftführerin, sowie Barbara John, die für die CDU-Frauen an der Versammlung teilnahm.

Der Gründung war eine lange Diskussion über das Für und Wider vorausgegangen. Unter dem Eindruck der neuen Frauenbewegung suchten die traditionellen Frauenverbände einen Weg, ihre Kräfte zu bündeln und eine starke Interessenvertretung für die Frauen in Berlin zu schaffen. Für autonome Frauengruppen waren die Aktiven zwar grundsätzlich offen. Doch eine gemeinsame Konferenz wenige Monate vor der LFR-Gründung 1978 zeigte, wie verschieden Sichtweisen und Politikverständnis waren. So gab es für die Frauenbewegten dieser Zeit anfangs wenig Platz im traditionellen Vereinskanon. Heute ist das anders, haben sich autonome Frauenprojekte organisiert und sind beide – alte und neue Frauenbewegte – zusammengedrückt – auch und gerade vor dem Hintergrund schmalere werdender öffentlicher Haushalte.

Gründungsmitglieder des LFR Berlin sind: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Berlin, Arbeitskreis Emanzipation der FDP, Berliner Frauenbund 1945, Deutscher Ärztinnenbund, Deutscher Berufsverband für Krankenpflege, Deutscher Evangelischer Frauenbund Berlin, Deutscher Frauenbund für alkoholfreie Kultur, Deutscher Hausfrauenbund Berlin, Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband, Deutscher Verband berufstätiger Frauen Club Berlin, Deutscher Verband Frau und Kultur, Frauengruppe der jüdischen Gemeinde, CDU-Landesfrauenvereinigung, Katholischer Deutscher Frauenbund, Landfrauenverband West-Berlin, Verband der weiblichen Angestellten Ber-

lin, Verein für internationale Jugendarbeit, Verein katholischer Lehrerinnen. Im Jubiläumsjahr will der LFR im Geschichtsbuch blättern, sich mit der Entwicklung der Frauenverbände beschäftigen und einen Schwerpunkt bei der Berliner Frauengeschichte setzen. Dazu sind zum Beispiel Stadtrundgänge geplant. Ehemalige LFR-Aktivistinnen sind am Gründungstag 2009 ins Rathaus Schöneberg und im Anschluss zur Frauenführung eingeladen. Im Herbst sind ein Festakt und eine Festschrift geplant. Die Verbandspublikation „Wir Berlinerinnen“ wird Geschichten und Geschichte des LFR Berlin aufgreifen.

Tatsächlich ist „Wir Berlinerinnen“ seit 1982 ein reicher Schatz der Verbands- und Berliner Frauengeschichte. Als Johanna Lemke den LFR-Vorsitz im November 1983 an Gertraud Schilling übergab, wurde das dort ebenso dokumentiert wie Beschlüsse von Mitgliederversammlungen und frauenpoliti-

sche Ereignisse auf Landesebene. Die Aktenlage in der LFR-Geschäftsstelle ist dagegen eher dürrig: Vermutete Unterlagen aus den ersten Verbandsjahren sind verloren gegangen – nur „Wir Berlinerinnen“ ist eine wertvolle Gedächtnisstütze.

Deshalb bittet der LFR Berlin um Ihre Mithilfe

Haben Sie alte Protokolle, Einladungen oder andere Dokumente mit Bezug zum LFR Berlin aus den Jahren 1979 bis 1989? Haben Sie Fotografien oder Plakate von den Aktivitäten? Haben Sie eigene Aufzeichnungen, Briefe oder anderes Material, das die LFR-Arbeit dokumentiert und das Sie leihweise zur Verfügung stellen können? Insbesondere frühere Vorstandsfrauen und Delegierte der Mitgliedsorganisationen finden vielleicht noch Dokumente aus ihrer aktiven Zeit. **Wenn ja, wenden Sie sich bitte an die LFR-Geschäftsstelle.** sbr

Symposium für Chefinnen

♦ Mit dem Symposium „Frauen in Führungspositionen“ startet der LFR Berlin thematisch ins Jahr 2009. Am 4. Februar ist die Botschaft der Niederlande Gastgeberin für die bis zu 150 Teilnehmerinnen – Unternehmerinnen, Freiberuflerinnen und Selbstständige, die im Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU), beim EWMD oder in einer anderen Mitgliedsorganisation des LandesFrauenRates Berlin engagiert sind. In der Zeit von 14.30 bis 20 Uhr sind Vorträge und Diskussionen geplant sowie die Möglichkeit zur Besichtigung der Botschaft gegeben. Außerdem ist jede Menge Zeit für den Erfahrungsaustausch der Frauen in Führungspositionen und das Kennenlernen von niederländischen Unternehmerinnen und Managerinnen vorgesehen.

Govert Bijl de Vroe, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der Niederländischen Botschaft wird die Teilnehmerinnen begrüßen und sie mit einem Vortrag zum Thema „Die wirtschaftliche Situation in den Niederlanden und Gleichstellungspolitik“ in die Veranstaltung einstimmen. Im Anschluss wird Mirella Visser (Managing Director Centre for Inclusive Leadership,

President European Professional Women's Network) ihre Sicht der Dinge darlegen. Die Niederländerin wird auch an der Podiumsdiskussion teilnehmen, die gegen 15.45 Uhr geplant ist. Weitere Diskutantin ist dann Anke Domscheit (Director Government Relations Innovative Government Regional Lead, Microsoft Deutschland GmbH), die auch gleichzeitig die Kompetenz des EWMD auf dem Podium vertritt. Angefragte Experten sind Jan Bout (Vorsitzender des Aufsichtsrats Royal Haskoning) und Erna Versteegden (Global Area Audit Board Ernst and Young) für die Moderation. Ferner wird eine Unternehmerin auf dem Podium von ihren Erfahrungen berichten. Im Anschluss ist die Führung durch die sehenswerte Botschaft vorgesehen und gegen 17 Uhr ist Raum fürs „Matchmaking“ (persönlich/thematisch) der Teilnehmerinnen. Die Veranstaltung klingt mit einem etwa zweistündigen Empfang aus.

An dem Symposium interessierte Frauen finden in Kürze weitere Infos auf www.lfr-berlin.de oder können sich per Mail an lfr-berlin@t-online.de direkt an die LFR-Geschäftsstelle wenden.

Berliner Büro eröffnet

♦ Die Menschenrechtsorganisation Terre des Femmes hat am 25. September feierlich ihr Hauptstadtbüro eröffnet. Terre des Femmes kämpft für eine Welt, in der Menschen partnerschaftlich, friedlich und vor allem gleichberechtigt zusammenleben. Und das funktioniert nur, wenn weltweit akzeptiert werde, dass Mädchen und Frauen die gleichen Rechte wie Männer haben, sagte Bundesgeschäftsführerin Christa Stolle bei ihrer Begrüßung. In den vergangenen Jahrzehnten sei von Tübingen aus viel für die Rechte von Mädchen und Frauen in der ganzen Welt erreicht worden. Nun solle diese erfolgreiche Arbeit in Berlin fortgesetzt und ausgebaut werden, so Stolle. Die gesamte Bundesgeschäftsstelle wird bis spätestens 2012 nach Berlin umziehen. Zu den Festrednern gehörten die früheren Bundesminister Dr. Heiner Geißler und Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin sowie die Schauspielerinnen Gabrielle Scharnitzky und Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen. Sie wiesen darauf hin, wie wichtig die Arbeit von Terre des Femmes ist und wie viel diese Organisation schon erreicht hat. Sybille Schreiber und Serap Altinisk führen gemeinsam das neu eröffnete Berliner Büro von Terre des Femmes – Schreiber ist für das Thema Frauenhandel und die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, Serap Altan für den Bereich „Häusliche Gewalt“ zuständig.

Gisela Brokamp

Meisterliche Frauen (und Männer)

♦ Mancher Meister guckte am Sonntagvormittag etwas müde in die Runde. Das lag wohl am sportlichen Meisterwochenende des 11. und 12. Oktobers. Zunächst hatten sich die Herren der Fußballnationalmannschaft mit ihrem neuen Überflieger René Adler in Dortmund erfolgreich auf den Weg zur WM 2010 gemacht, dann wurde Vitali Klitschko am späten Abend neuer Schwergewichtschampion im Berliner Boxring und am frühen Sonntagmorgen rempelte Felipe Massa den WM-Führenden Lewis Hamilton in Japan aus dem Formel 1-Ring und damit vorübergehend aus der WM-Spur. Wer genug Stehvermögen hatte, konnte das alles im Maritim-Hotel an der Stauffenbergstraße verfolgen, wo RTL ein mobiles Fernsehstudio auf dem Dach aufgebaut hatte. Dort fand einige Etagen tiefer etwas später am 12. Oktober die gemeinsame Meisterfeier von Handwerkskammer und IHK ganz ohne sportliche Einlagen statt. Gewürdigt wurden die fachlichen Höchstleistungen von 33 Meisterinnen und Meistern. Sie waren in den vergangenen zwölf Monaten die besten von insgesamt 544, die sich erfolgreich der anspruchsvollen Meisterprüfung unterzogen hatten. Dass sie das glücklich sein ließ, daran konnte kein Zweifel bestehen. Aber um diesen Zustand wissenschaftlich zu untermauern, dozierten HwK-Präsident Stephan Schwarz und IHK-Präsident Eric Schweitzer über Dopaminausschüttungen im Gehirn sowie ihre Ursache und Wirkung, um dann

gemeinsam eine Glücksbilanz zu ziehen. Bildungssenator Jürgen Zöllner knüpfte an, indem er Hermann Hesses Erkenntnis zitierte, Bildung finde ihren Sinn in sich selbst. Deutlich erfrischender empfand das zahlreich erschienene Publikum, darunter der CDU-Hoffnungsträger Frank Henkel und der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Uwe Benneter sowie die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau (Die Linke), die musikalischen Einlagen der United Big Band des Arndt-Gymnasiums. Deren Repertoire reichte von Benny Goodman bis Robbie Williams. Die flotte Musik passte hervorragend zu den zwei Berliner Supermeistern. Der eine, Mathias Schlosser, Jahrgang 1985, ist Deutschlands jüngster Restaurantmeister, der andere, Danyell Alexander Schubert, hat, als er entscheiden musste, ob er beruflich sich als Chirurg oder Tischler betätigen wollte, die Bearbeitung von Holz gewählt. Beide sprachen über ihren Werdegang im wahrsten Sinne des Wortes herzerfrischend. Übrigens waren unter den 24 anwesenden Meisterbesten auch sechs Frauen, eine Bäckerin und eine Floristin ebenso wie eine Elektrotechnikerin und die frischgebackene Meisterin für Schutz- und Sicherheitstechnik. Nein, zum Abschluss gab es keinen Klitschko als special guest, aber dafür eine dreistöckige Torte der Konditorin: Genau das Richtige zum Glücklicherweise und -bleiben.

Juliane von Friesen

MHWK-Party mit Frauenüberschuss

♦ Berlin Eastside – der neue Metropolitanraum, diesen Anspruch erhebt der jüngste Doppelbezirk der Hauptstadt und Christian Gräff (CDU), Bezirksstadtrat für Wirtschaft und vieles mehr, hat das auch gleich mit neuem Logo auf seine Visitenkarte drucken lassen. Noch fast amtlich ging er zu Beginn der Unternehmerparty im Mercedes Center an der Rheinstraße von Tisch zu Tisch und begrüßte die „Berlin-Brandenburger Gäste aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Sport und Kultur“, die der rührige Marzahn-Hellersdorfer Wirtschaftskreis (MHWK)

zum festlichen Abend geladen hatte. Die gute Absicht des wackeren Politikers war jedoch zum Scheitern verurteilt: Zum einen waren mehr als 400 Gäste der Einladung gefolgt, zum anderen schwangen die meisten nach einer kurzen Stärkung am üppigen Buffet zur Livemusik der Band „Flashback XL“ ausdauernd das Tanzbein. Um dieser Leidenschaft ausgiebig fröhnen zu können, hatten sich Thomas Borsch (Mercedes-Benz), Uwe Heß (MHWK) und Dietmar Löffler (Abacus Tierpark Hotel) bei ihrer Begrüßung der Unternehmerinnen und

Unternehmer besonders kurz gefasst. Die Geschäftsfrauen waren am 15. November übrigens eindeutig in der Mehrzahl, was nicht nur Sarah Murez, General Manager Elixia Vitalclub Hohenschönhausen, überrascht feststellte. Sie saß an der Tanzfläche an einem fast lupenreinen Damentisch. Sie und die anderen Wirtschaftsfrauen machten das Beste daraus – auf der Tanzfläche drängelten sich dann vor der Ziehung der Tombola-Gewinne vergnügt auch rein weibliche Paare.

Juliane von Friesen

Null Bock auf Familie?

Vorstellung einer Studie der Bertelsmann Stiftung

♦ Einige Zeit hat es gedauert, aber inzwischen ist die Erkenntnis gereift, dass nicht allein die Frauen den demografischen Wandel verursachen. Nicht sie allein weigern sich, Kinder in die Welt zu setzen – Männer tun dies auch. Dabei, so zeigt die Bertelsmann-Studie „Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft“ von Claudia Zerle und Isabelle Krok, sagen 90 Prozent aller Männer zwischen 15 und 33 Jahren ja zu Kindern. Warum klafft dann zwischen Wunsch und Wirklichkeit eine so deutliche Lücke? Welche mentalen und strukturellen Hindernisse gibt es?

Die beiden Wissenschaftlerinnen befragten hierzu im Auftrag der Bertelsmann Stiftung zwischen Oktober 2007 und Februar 2008 Jugendliche und Männer im Alter zwischen 15 und 42 Jahren. Auf der Tagung am 28. Oktober in Berlin stellte der Direktor des Deutschen Jugendinstituts, Thomas Rauschenbach, die Ergebnisse

vor. Danach sind bei vorhandenem Kinderwunsch von den 20- bis 25-Jährigen 97 Prozent kinderlos, bei den 30- bis 35-Jährigen sind es 57 Prozent und bei den 35- bis 40-Jährigen hat immer noch jeder Dritte keine Kinder. Dabei gaben die Befragten an, dass es ideal wäre, mit 25 Jahren Vater zu werden. Warum dies nicht so ist? Junge Männer sehen sich immer noch in der Rolle des Ernährers der Familie – wenn es auch nicht der „klassische“, sondern der „moderne“ Ernährer sein soll. Sie wollen nicht nur Geld für die Familie verdienen, sondern auch für die Kinder da sein. Das hilft aber nicht wirklich, wenn Männer nach eigenem Verständnis fürs Vatersein auch weiterhin drei Dinge brauchen: erstens eine feste Partnerin, zweitens ein ausreichendes Einkommen, drittens einen sicheren Arbeitsplatz. Angesichts hoher Scheidungsraten und prekärer Arbeitsverhältnisse ist das Verhalten junger Männer zwar verständlich, für die

Gesellschaft und ihre Entwicklung aber eine Katastrophe. Hinzu kommt dass Männer eher denn bereit sind, sich der Familie gegebenenfalls auch zu Lasten ihrer Berufstätigkeit zuzuwenden, wenn sie keine großen Erwartungen an eine berufliche Karriere haben. Wollen sie jedoch Karriere machen, geben sie an, sich um die Familie zu kümmern, „wenn der Beruf es zulässt“. Unter dem Strich fürchteten annähernd alle Befragten, dass sich ihre Vaterschaft eher nachteilig auf Beruf und Karriere auswirken würde. Hier ist also weniger die Politik als die Wirtschaft gefragt. Sie täte gut daran, die Befürchtungen junger Männer (und Frauen!) mit Nachdruck und glaubhaft schnellstens auszuräumen. Unternehmen brauchen sowohl diejenigen, die heute Eltern werden können und wollen, als auch in nicht allzu ferner Zukunft deren Kinder als Fachkräfte.

Juliane von Friesen

Auszeichnung für Berliner Unternehmerin

♦ „Soviel Frauen hier iss einfach juut!“ So lautete das fachfrauliche Urteil der Reinigungskraft im Ludwig Erhard Haus am 27. September. Sie konnte die Herrentoilette ausnahmsweise vernachlässigen, denn anders als sonst war die IHK am Marathon-Wochenende fest in Damenhand: Am 4. Berliner Unternehmerintag waren die Wirtschaftsfrauen ungeachtet der sportbedingten Verkehrshindernisse im „Gürteltier“ zusammen gekommen, um sich und ihre Unternehmen oder Organisationen zu präsentieren, um zu netzwerken und natürlich um zu feiern.

Der Applaus galt insbesondere der Berliner Unternehmerin des Jahres: Nach Alexandra Knauer und Christine

Wedler kürte die Jury 2008 Dagmar Vogt (ib vogt). In der Endrunde hatte die Planerin und Projektmanagerin von Fabriken für Solaranlagen Christine Lang (OrganoBalance - Platz 2) und Monika Rink (Hotel Kolombus - Platz 3), klar geschlagen. Die nahmen es sportlich. Was hatte IBB-Chef und Mitveranstalter Dieter Puchta in der Tat verschnupft, aber überzeugend gesagt: „Unternehmertum ist viel zu wichtig, um es den Männern allein zu überlassen.“

Zuvor hatte die gebürtige US-Amerikanerin Cynthia Barcomi, seit fast 15 Jahren Unternehmerin in Deutschland, den Frauen eingebläut: „Du kannst alles!“. Absolut richtig, befanden die applaudierenden Wirtschaftsfrauen – unter ihnen Dessous-Lady Heide Meyer, Unternehmensberaterin und Buchautorin Martina Haas, die Bestattungsunternehmerin Editha Hahn-Fink sowie die Berliner Vorzeigeunternehmerin Gabi Grützner (microresist technology).

Juliane von Friesen

Durchwahl zum LFR
030/785 70 10

LandesFrauenRat  Berlin e.V.

Start ins

Jubiläumsjahr 2009

19. Januar 2009

UCW-Konferenzsaal

Vorsitzendentreffen

um 17 Uhr

Jahreshauptversammlung

um 18 Uhr

Verbandetreff

um 19 Uhr

Termine im Internet
www.lfr-berlin.de

Besuch

Bierabend der UVB

- ♦ Wo bleiben Unternehmer und Manager weitgehend unter sich? Richtig: beim traditionellen Bierabend der Unternehmensverbände Berlin und Brandenburg (UVB). Es bedurfte schon der Gäste aus Politik, Verwaltung und Justiz, wie zum Beispiel der Senatorinnen Gisela von der Aue (SPD), Ingeborg Junge-Reyer (SPD) und Heidi Knaake-Werner (Linke) sowie der Vorsitzenden der Agentur für Arbeit, Margit Haupt-Koopmann, und der Präsidentin des Landesarbeitsgerichts, Karin Aust-Dodenhoff, um am 12. November wenigstens weibliche Spurenelemente im Wintergarten des KaDeWe zu entdecken. Es lag mitnichten am Bierausschank, dass männliche Dominanz so ins Auge stach, denn die Getränke waren ebenso vielfältig wie das ausgezeichnete Essen. Als Ursache kann vielmehr die UVB-Gepflogenheit ausgemacht werden, stets ohne Begleitung einzuladen.

Hier zeigt sich, dass die organisierte Unternehmerschaft der Länder Berlin und Brandenburg ganz überwiegend aus Männern besteht. Ein Glück nur, dass die Chefin der BSR, Vera Gäde-Butzlaff, wie viele andere auch, von der Verabschiedung des BTM-Chefs Hanns Peter Nerger aus dem Roten Rathaus ins KaDeWe geeilt war, wo sie auf eine weitere Spitzenfrau traf – Margret Suckale, die nicht nur im Vorstand der Bahn sitzt, sondern auch Präsidiumsmitglied der UVB ist. So blieben bei der Begrüßung der über 400 Gäste UVB-Präsident Burkhard Ischler, in diesem Amt und bei Siemens Nachfolger des fast schon legendären Gerd von Brandenstein, sowie UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck, seinerseits Nachfolger des über 20 Jahre lang amtierenden Hartmann Kleiner, nicht ganz unter Männern.

Juliane von Friesen



Landesfrauenrat im Netz
www.lfr-berlin.de



*Juliane von Friesen, Christine Rabe und Mieke Senftleben bei der Fahnenaktion vor dem UCW.
Foto: Beiersmann*

Fahnenaktion am 25. November 2008

- ♦ Bereits zum dritten Mal zog der LandesFrauenRat zum internationalen Gedenktag „Nein zu Gewalt an Frauen“ die Aktionsfahne „frei leben ohne gewalt“ vor dem UCW auf. Ein Dutzend Frauen, einige UCW-Mieterinnen, LFR-Vertreterinnen und die Bundesvorsitzende der Liberalen Frauen, Mieke Senftleben, waren dabei, als die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen und die Gleichstellungsbeauftragte von Charlottenburg-Wilmersdorf Christine Rabe die Aktionsfahne von Terre des Femmes in die Höhe zogen. „Die Aktion zieht immer weitere Kreise und das aus gutem Grund: Jährlich fliehen in Deutschland 40.000 Frauen vor ihren gewalttätigen Männern ins Frauenhaus, laut einer UN-Studie werden weltweit 5.000 Mädchen und Frauen Opfer von so genannten Ehrenmorden, jährlich schleusen Menschenhändler 500.000 Mädchen und Frauen nach Europa, wo sie als illegale Arbeitskräfte ausgebeutet oder zur Prostitution gezwungen werden“, so die LFR-Vorsitzende in ihrer Ansprache. Der 25. November wolle auf deren Schicksal aufmerksam machen und appelliere an Politik und Gesellschaft, der Gewalt an Frauen noch entschiedener entgegen zu treten. Der Gedenktag „Nein gegen Gewalt an Frauen“ erinnert an die drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 nach monatelanger Folter vom militärischen Geheimdienst der Dominikanischen Republik ermordet worden sind. 1981 rief ein lateinamerikanisches Frauentreffen in Kolumbien

ihren Todestag zum Gedenktag aus. 1999 wurde dieser Tag schließlich offiziell zum Internationalen Tag für die Beseitigung von Gewalt an Frauen erklärt. Zwei Jahre später initiierte Terre des Femmes erstmals die Fahnenaktion. In diesem Jahr weht die Fahne auch vor den Parteizentralen von CDU und CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken. „Die Frauenverbände in Deutschland werden dafür Sorge tragen, dass das Aufziehen der Fahne kein symbolisches Bekenntnis bleibt, sondern das dem Taten folgen“, betonte Juliane von Friesen. Sie wies auf die neu gestartete Terre des Femmes-Kampagne „Kein Schnitt ins Leben“ gegen weibliche Genitalverstümmelung hin. 150 Millionen Betroffene gibt es weltweit, bei uns sind es rund 20.000 Frauen. Schätzungsweise über 4.000 Mädchen droht dasselbe Schicksal hier bei uns. „Ihre Eltern fühlen sich alten Traditionen verpflichtet und glauben, unbeschnittene Töchter würden keinen Ehemann finden“, so von Friesen. Deshalb fordert die Kampagne, dass Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Erzieherinnen und Erzieher, aber auch Lehrerinnen und Lehrer mit dem Thema vertraut gemacht und mehr Beratungsstellen für betroffene Frauen und ihre Familien eingerichtet werden. „Beim Thema Gewalt an Frauen und an deren Kindern, denn das gehört oft zusammen, darf es kein Pardon geben, egal ob es sich um häusliche Gewalt, Zwangsprostitution oder Genitalverstümmelung handelt“, betonte die LFR-Vorsitzende.

Küchenlatein beim DHB Berlin

LFR-Ausflug nach Spandau im Jubiläumsjahr

♦ Tomatensüppchen, selbstgebackenes Brot und Kräuter-Dipp, würzige Gemüsepfanne, fruchtige Schichtspeise und Bisquitrolle standen in der Schulungsküche des Deutschen Hausfrauen-Bundes (DHB) – Berufsverband der Haushaltsführerinnen am 20. Oktober auf dem Speiseplan. Vor zehn Tagen hatten sich noch die Gäste des Festaktes anlässlich des 60-jährigen Bestehens des DHB Berlin



Praktische Tipps für die Zubereitung leckerer Speisen erhielten die LFR-Delegierten in der DHB-Küche. Wie schnell und einfach ein gutes Rezept funktioniert, wenn plötzlich Gäste vor der Tür stehen, konnten sie bei einem abschließenden Imbiss selbst probieren.

in der Geschäftsstelle in der Spandauer Jüdenstraße gedrängt – jetzt schauten Vorstand und Delegierte des LandesFrauenRates Berlin den DHB-Frauen über die Schulter, probierten Vegetarisches und nahmen reichlich Tipps für die unkomplizierte und kostengünstige Speisenzubereitung mit nach Hause.

Der DHB setzt sich deutschlandweit seit bald 95 Jahren für die Interessen derer ein, die einen Haushalt führen. Der Privathaushalt und seine Schnittstellen zu Politik, Recht, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt stehen im Mittelpunkt der Verbandsarbeit. Der DHB engagiert sich mit seinen Landesverbänden und 300 Ortsverbänden auch für den Verbraucherschutz und nachhaltiges Wirtschaften. Als Arbeitgeberverband ist der DHB Tarifpartner der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG).

Das Profil eines lebendigen zukunftsorientierten DHB Berlin konnten sowohl die Gäste des Festaktes am 10. Oktober im Rathaus Spandau als auch die LFR-Besucherinnen erleben: Mit dem Hausfrauen-Dasein und dem Hausfrauen-Bund wollte sie als junge Frau und Feministin ganz gewiss nichts zu tun haben, bekannte die Spandauer Jugendstadträtin und stellvertretende Bezirksbürgermeisterin Ursula Meys (SPD) freimütig in ihrem Grußwort zum 60-jährigen Jubiläum. Inzwischen aber schätze sie die Hausarbeit als Ausgleich und meditative Zeit, nutze sie für die gedankliche Vor- und Nachbereitung von Terminen und

werde trotz langer Arbeitstage weiter auf eine Putzfrau verzichten, gewährte sie den Festgästen persönliche Einblicke. Für sie stand fest: Der DHB hat als Lobby entscheidend zur gesellschaftlichen Aufwertung von Hausarbeit beigetragen und müsse seinen Weg fortsetzen. Auf das bisher Erreichte und das weitere Notwendige in der Frauen- und Gleichstellungspolitik hob dann auch Festrednerin Dagmar König ab. Der DHB hatte die frühere LFR-Vorsitzende kennen und schätzen gelernt, als sie noch Frauenbeauftragte des Bezirks Wilmersdorf war und der DHB nahe dem Rathaus sein Domizil hatte. Gemeinsame Debatten und Kämpfe spiegelten sich in ihrem Beitrag wieder – gemeinsame Debatten und Kämpfe, die erkennen ließen, dass DHB und Frauenpolitik von Anfang an sehr gut zusammen passten.

Das DHB-Angebot vom Grundkochkurs bis zum Haushaltsführerschein will allen Generationen Haushaltskompetenzen vermitteln. So kochen die DHB-Frauen regelmäßig mit Schulklassen und vermitteln den Schülerinnen und Schülern dabei ganz nebenbei, wie lecker gesunde Ernährung ist. Die Kinder seien ganz begeistert, wenn sie ihre T-Shirts selbst zusammen legen könnten, be-

richtete die DHB-Vorsitzende Monika Wittkowski den LFR-Delegierten bei ihrem Besuch. Immer mehr Männer würden an den hauswirtschaftlichen Kursen teilnehmen – Männer, die oft Hausmänner seien oder einfach selbst in der Lage sein wollen, die Hausarbeit zu erledigen. Dabei zeige sich ganz praktisch ein sich wandelndes Rollenverständnis, für das der DHB Lobbyarbeit betreibt. Beim Plaudern über das richtige Maß für Waschpulver wurde manch geübter Hausfrau noch einmal klar, wie eng Hausarbeit



und Umweltschutz verwoben sind, welche Macht sie als Verbraucherin hat. Allerdings: Für die DHB-Kurse 2008 sind keine Plätze mehr frei. Das Programm 2009 kann in Kürze unter www.hausfrauenbund-berlin.de abgerufen oder beim DHB bestellt werden.

Sabine Röhrbein (Text/Fotos)

90 Jahre Frauenwahlrecht - einst und heute

♦ Ein voller Erfolg war der Diskussionsabend „Frauen kommen mit Macht - 90 Jahre Frauenwahlrecht“ am 5. November 2008 im Rathaus Charlottenburg. Der Landes-FrauenRat Berlin und die Gleichstellungsbeauftragte von Charlottenburg-Wilmersdorf Christine Rabe hatten gemeinsam zu Vorträgen der Politikwissenschaftlerin Claudia von Gélieu (Frauentouren) und der SPD-Europaabgeordneten Dagmar Roth-Behrendt eingeladen. Die anschließende Gesprächsrunde der beiden mit der LFR-Vorsitzenden Juliane von Friesen war



Claudia von Gélieu (links) und Dagmar Roth-Behrendt (rechts) debattierten im ehemaligen BVV-Saal Charlottenburg über Frauengeschichte und Politik von und für Frauen.

Text/Foto: Röhrbein

für Fragen aus dem Publikum offen. In ihren Grußworten zum Auftakt der Veranstaltung gingen die LFR-Vorsitzende und die Gleichstellungsbeauftragte auf deren Anlass ein.

Als der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 seinen Aufruf „An das deutsche Volk“ richtete, war dies die Geburtsstunde des Frauenwahlrechts in Deutschland. „Damit war auch eine Jahrzehnte währende Auseinandersetzung entschieden, die zunächst einzelne Akteurinnen wie Hedwig Dohm, dann die Frauenstimmrechtsvereine vorangetrieben hatten“, ging Juliane von Friesen auf die Zeit vor 90 Jahren ein. Als die SPD 1895 die allererste parlamentarische Initiative zur Einführung des Frauenwahlrechts in den Reichstag eingebracht, erntete sie „bei den Abgeordneten der übrigen Parteien Heiterkeit“, so von Friesen. „Der Antrag wurde abgelehnt, 1906 noch einmal eingebracht und erneut abgelehnt.“ Sie erinnerte daran, dass sich Frauen zu diesem Zeitpunkt nicht einmal politisch betätigen durften. Nach der gescheiterten Märzrevolution von 1848 war es ihnen fast überall in Deutschland untersagt, an politischen Versammlungen teilzunehmen oder sich zu organisieren. Ihnen wurden geistige Beschränkung und Unmündigkeit unterstellt. Am 15. Mai 1908 fiel dann endlich das Verbot. Das Reichvereinsgesetz gestattete Frauen fortan, sich in Parteien und politischen Vereinen zu engagieren. Von Friesen: „So können wir heute

zwei Jubiläen feiern: 100 Jahre Vereinsgesetz und 90 Jahre Frauenwahlrecht, die beide in einem inneren Zusammenhang stehen. Überhaupt ist dieses Jahr 2008 ein gleichstellungspolitisches Jubeljahr, denn wir können auch auf 100 Jahre Frauenstudium und 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz zurückblicken. Im kommenden Jahr setzt sich diese Reihe mit dem Jubiläum 60 Jahre Grundgesetz und damit 60 Jahre verfassungsrechtliche Verankerung der Gleichberechtigung fort.“

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Charlottenburg als Bezirk der Frauen beschrieb Christine Rabe in ihrem Grußwort - ohne kritische Töne vermischen zu lassen: Vor der Tür zum früheren BVV-Saal hängen Porträtaufnahmen der Berliner (Regierenden) Bürgermeister - nur eine Frau ist zu entdecken: Louise Schroeder. Im Saal sind die BVV-Vorsteher zu sehen - keine einzige Frau ist darunter und erst im Fusionsbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf steht mit Marianne Suhr dem Bezirksparkament eine Frau vor. Doch die Spur der Frauen führt von Sophie Charlotte über Minna Cauer

und andere Aktivistinnen der ersten Frauenbewegung bis zur früheren Bezirksbürgermeisterin Monika Wissel und der aktuellen Rathauschefin Monika Thiemen (beide SPD).

Frauen und Politik sind keine zwei verschiedene Paar Schuhe, Frauen haben schon immer Politik gemacht - nur eben nicht in einem von der männerdominierten Gesellschaft vorgegebenen Verständnis, führte Claudia von Gélieu anhand des „Backspiels“ aus: Bei der Organisation, wer wann den gemeinsamen Dorfbackofen nutzen darf, wurden gleich die Angelegenheiten der Gemeinschaft mit verhandelt. Als das Politikverbot durch das neue Reichvereinsgesetz 1908 fiel und Frauen 1918 das aktive und passive Wahlrecht erlangten, war die Entwicklung der politischen Strukturen, wie wir sie heute noch kennen, bereits abgeschlossen, so die These der Politikwissenschaftlerin. Von Frauen wurde erwartet, sich anzupassen. Und weil Parteien und Parlamente von Männern entwickelt worden sind, würden sich Frauen bis heute mit diesen Strukturen schwer tun - so wirke der 48er-Ausschluss bis heute fort.

Wie sich Frauen in diesem System dann doch als erfolgreiche Politikerin behaupten können, stellte Dagmar Roth-Behrendt mit dem Einblick in ihren Alltag zwischen Brüssel, Straßburg und Berlin anschaulich unter Beweis. Für sie ist klar: Europa ist ein Motor für die Gleichstellungspolitik auch und gerade in Deutschland.

Auf ins Superwahljahr 2009

♦ Das kommende Jahr wird politisch äußerst spannend: Bundesweit stehen zwischen Mai und September insgesamt 15 Wahlen auf dem Kalender. Den Auftakt bildet die Wahl der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten am 23. Mai 2009 durch die 13. Bundesversammlung, zum Ausklang sind alle Bürgerinnen und Bürger am 27. September 2009 aufgerufen, den 17. Deutschen Bundestag zu wählen. Superwahltag ist der 7. Juni 2009, weil dann nicht nur das neue EU-Parlament gewählt wird, sondern zeitgleich in acht Bundesländern Kommunalwahlen stattfinden. Als weitere Wahl kommt die Landtagswahl in Hessen bereits im Januar dazu, die nach dem Politchaos der vergangenen Monate nötig geworden ist. Die Berlinerinnen und Berliner gehen 2009 zwei Mal an die Wahlurne: zur Europawahl im Juni und zur Bundestagswahl im September – das Abgeordnetenhaus und die zwölf Bezirksverordnetenversammlungen werden erst wieder 2011 gewählt. Dafür können sich alle Wahlberechtigten in Berlin am Volksbegehren zur Einführung des Wahlpflichtfachs Ethik/Religion beteiligen (siehe rechte Spalte).

Aktionen für junge Wählerinnen und Wähler

Das Superwahljahr ist eine Herausforderung zum Beispiel für Erstwählerinnen und Erstwähler: „Rettet die Wa(h)le(n)“ lautet der Slogan, den sich Schülerinnen und Schüler des Peter-Altmeier-Gymnasiums in Montabaur und des Peter-Joerres-Gymnasiums in Ahrweiler in Rheinland-Pfalz ausgedacht haben, um junge Leute für den Wahlgang zu motivieren. Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten haben ihr Projekt gemeinsam mit dem Landeswahlleiter entwickelt und versenden nun Flyer und Plakate, die einen fröhlichen Wal zeigen. „Das Projekt passt sehr gut zu den Bemühungen der Landesregierung, die Distanz zwischen Jugend und Politik zu verringern“, erklärte Bildungs- und Jugendministerin Doris Ahnen (SPD) bei der Vorstellung der Aktion. Damit möglichst viele junge Leute zur Wahlurne gehen, haben die Bundesregierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission den bun-

desweiten Plakatwettbewerb „Schöner Wählen“ gestartet. Das beste Plakat soll bei der Kampagne dieser „Aktion Europa“ zur Europawahl verwendet werden. Einsendeschluss für den Wettbewerb ist der 31. Dezember 2008 (Internet-Info: www.europaplakatwettbewerb.de). Genau ein Jahr vor der Europawahl hat zudem die interaktive Aktion „Per Handy zur Europawahl 2009“ begonnen: Über ein Online-Formular können Wahlberechtigte Handy-Nummer oder Email-Adresse hinterlassen und erhalten rechtzeitig einen Hinweis, um den Wahltermin nicht zu verpassen.

Frauen als Wählerinnen und Parlamentarierinnen

Als Frauen in Deutschland am 19. Januar 1919 erstmals wählen durften, war ihre Wahlbeteiligung in etwa so hoch wie die der Männer. Damals wurden 37 Frauen in die Verfassungsgebende Nationalversammlung gewählt, was einem Anteil von 8,7 Prozent an allen Abgeordneten entsprach. Dieser Frauenanteil blieb tatsächlich lange unerreicht, denn im Laufe der Weimarer Republik nahm er stetig ab, anschließend wurde den Frauen in der Zeit des Nationalsozialismus das passive Wahlrecht wieder genommen. Im ersten Bundestag von 1949 bis 1953 lag der Frauenanteil bei ganzen sieben Prozent, der Tiefpunkt war 1972 mit 5,8 Prozent erreicht. Erst bei der Bundestagswahl 1980 wurden wieder mehr Frauen gewählt und mit 8,2 Prozent annähernd der Wert von 1919 erzielt. Letztendlich beförderten der Quotenbeschluss der SPD 1988 und die öffentliche Debatte darüber das kontinuierliche Wachsen der Zahl weiblicher Abgeordneter im Bundestag auf heute 32,1 Prozent. Wählerinnen sind in ihrem Wahlverhalten beständiger als Männer, obwohl sie sich weniger stark mit „ihrer“ Partei identifizieren. Im Ergebnis sind deshalb viele Frauen Nichtwählerinnen – eine Aufgabe auch und gerade für Frauenverbände, sie zur Stimmabgabe zu motivieren. Der LFR Berlin plant hierzu eine Aktion. Außerdem soll im Juni 2009 ein Forum zur Bundestagswahl stattfinden, in dessen Mittelpunkt gleichstellungspolitische Fragen stehen werden. *sbr*

Wahltermine 2009

25. Januar

Landtagswahl
Hessen

23. Mai

13. Bundesversammlung
Wahl der Bundespräsidentin/
des Bundespräsidenten

7. Juni

Wahl des EU-Parlaments

Kommunalwahlen

Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen (ohne Kreistage), Sachsen-Anhalt, Thüringen

30. August

Landtagswahlen
Saarland, Sachsen, Thüringen

27. September

Bundestagswahl

Landtagswahl
Brandenburg

Berliner Volksbegehren

♦ Seit dem 22. September 2008 bis zum 21. Januar 2009 können die Berlinerinnen und Berliner am Volksbegehren über die Einführung des Wahlpflichtfachs Ethik/Religion teilnehmen. Sie können dem Volksbegehren durch Eintragung in amtliche Unterschriftenlisten zustimmen, die in amtlichen Auslegungsstellen und den Bezirkswahlämtern ausgelegt sind sowie von der Trägerin des Volksbegehrens, der Initiative „Pro Reli“, während der Eintragsfrist bereitgehalten werden. Insgesamt wurden 43 Auslegungsstellen eingerichtet, und zwar vor allem in den Bürgerämtern. Diese sind montags von 8 bis 15 Uhr, dienstags und donnerstags von 11 bis 18 Uhr sowie mittwochs und freitags von 8 bis 13 Uhr geöffnet. Damit das Volksbegehren zustande kommt, müssen mindestens 7 Prozent der Stimmberechtigten, also mehr als 170.000 Personen, zustimmen. Wenn so viele Unterschriften zusammenkommen und das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf dann nicht übernimmt, findet 2009 ein Volksentscheid statt. **Weitere Infos sind unter www.wahlen-berlin.de veröffentlicht.**

Kampagne: Mehr Frauen in die Kommunalpolitik

♦ „Die kommunale Ebene ist die Wurzel der Demokratie. Männer und Frauen sollten daher die Zukunft gemeinsam gestalten, das ist für mich eine Grundvoraussetzung guten Regierens“, begründet Ursula von der Leyen (CDU), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ihr Engagement für die Kampagne „Frauen Macht Kommune“. Kurz vor dem Wahltag am 28. September 2008 mit den Kommunalwahlen in Brandenburg und der Landtagswahl in Bayern hob sich der Vorhang für einen ganzen Aktionsreigen: Die Ministerin signierte zum Auftakt einen roten Teppich als Symbol für den Weg von Frauen in die Politik. Dieser wird bis Mai 2009 quer durchs Land reisen, denn bis dahin finden in zehn Bundesländern Kommunalwahlen statt. Frauen sind in Deutschland in der Kommunalpolitik deutlich unterrepräsentiert:

2006 wurden lediglich 33 von 218 größeren Städten von einer Oberbürgermeisterin regiert, was einem Anteil von 15 Prozent entspricht. Auch in den meist ehrenamtlich arbeitenden Stadträten und Kreistagen sitzen deutlich weniger Frauen als im Bundestag, wo der Frauenanteil 32 Prozent beträgt. Bereits seit Jahresbeginn untersucht die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) die Chancen und Hürden für Frauen in der Kommunalpolitik: Derzeit liegt der Anteil von Frauen bei den kommunalpolitischen Mandaten im Schnitt bei 25 Prozent. Auf der Ebene der Bundespolitik liegt Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnitt von 23 Prozent. In den höchsten Regierungsebenen erreicht Deutschland mit der Kanzlerin und fünf Ministerinnen (38 Prozent) EU-weit sogar den vierten Platz. Das EU-Parlament hat

einen Frauenanteil von 31 Prozent. In der Europäischen Kommission stehen acht Frauen 19 Männern gegenüber (30 Prozent).

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Bundesorganisationen und Dachverbände, darunter der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) sowie der Caritasverband unterstützen die Kampagne „Frauen Macht Kommune“. Inhaltlich knüpft sie an die Jubiläen „90 Jahre Frauenwahlrecht“ in diesem Jahr und „60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz“ im kommenden Jahr an.

In Berlin wird 2011 wieder gewählt: Derzeit werden fünf der zwölf Berliner Bezirke von Frauen geführt und tragen 22 Bezirksstadträtinnen und 38 Bezirksstadträte Verantwortung. In den Bezirksverordnetenversammlungen stehen 15 Frauen den Fraktionen der verschiedenen Parteien vor. *sbr*

Erklärung „Frauen Macht Kommune“

♦ 2008 und 2009 sind Jahre wichtiger gleichstellungspolitischer Jubiläen: Vor 100 Jahren wurde das Preußische Vereinsgesetz abgeschafft. Seitdem können sich Frauen in Vereinen, Verbänden und politischen Parteien aktiv engagieren. Seit 90 Jahren haben Frauen das aktive und passive Wahlrecht. 60 Jahre sind vergangen, seit die Mütter des Grundgesetzes erfolgreich für die Aufnahme von Artikel 3 in die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland kämpften. Seit 1949 heißt es: Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Der Anteil weiblicher Abgeordneter im Deutschen Bundestag war mit 34 bzw. 32 Prozent noch nie so hoch wie in den letzten beiden Legislaturperioden. Es gibt Erfolge zu feiern! Doch es gilt auch, die politische Beteiligung von Frauen dauerhaft abzusichern und zu stärken. Dazu bedarf es neuen Schwungs auf Ebene der Länder und vor allem der Kommunen. Frauen haben nur rund ein Viertel der kommunalpolitischen Mandate inne. Noch immer gibt es Stadt- und Gemeinderäte, in denen keine Frau vertreten ist. Und nur 5 Prozent der haupt- und ehrenamtlichen Bürgermeister sind weiblich. Gerade in der Kommunalpolitik aber ist die

Kompetenz und Erfahrung von allen Bürgern und Bürgerinnen gefragt: von Alten und Jungen, von Männern und Frauen unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft. Kommunalpolitische Entscheidungen betreffen die Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld und prägen ihre Lebensqualität: in der Ausgestaltung der Nahverkehrssysteme oder der Kindertageseinrichtungen ebenso wie in Fragen der nachhaltigen Energieversorgung, der Gewerbeansiedlung und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen, sind nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Vereine oder Verbände gefragt. Frauen sind in vielen Bereichen genauso aktiv wie Männer, doch fehlen sie vielfach in der politischen Interessenvertretung, also dort, wo es darum geht, Entscheidungen zu treffen. Das kommunalpolitische Ehrenamt ist ein wichtiger Teil bürgerschaftlichen Engagements. Wir als Vereine, Verbände und Organisationen sehen die Förderung des kommunalpolitischen Engagements von Frauen als wichtige gleichstellungspolitische Aufgabe. Wir nehmen die gleichstellungspolitischen Jubiläen

zum Anlass, uns dafür einzusetzen, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Wir werden die vom BMFSFJ und der EAF initiierte Kampagne „Frauen Macht Kommune“ daher aktiv unterstützen:

⇒ Wir werden Frauen aus unseren eigenen Reihen für das kommunalpolitische Engagement interessieren und motivieren,

⇒ wir werden interessierte Frauen ermutigen, zu kandidieren und sie in ihrem kommunalpolitischen Engagement unterstützen und

⇒ wir werden an den im Rahmen der Kampagne geplanten Aktionen und Veranstaltungen mitwirken und die Öffentlichkeit auf die Anliegen der Kampagne aufmerksam machen.

Wir wollen auch in den eigenen Reihen tätig werden, damit Frauen auf allen Ebenen unserer Organisationen angemessen vertreten sind und mitentscheiden können. Eine lebendige, aktive Zivilgesellschaft ist die Basis einer funktionierenden Demokratie. Wir brauchen die Potenziale von Frauen: in den Organisationen der Zivilgesellschaft wie in der Kommunalpolitik vor Ort. Die Förderung des kommunalpolitischen Engagements ist Aufgabe aller.

Berlin, im September 2008

Initiative für Ms. Europa

♦ Seit fünfzig Jahren ist das Bild der politischen Führung in Europa unverändert männlich. Doch geht es nach der dänischen Europaabgeordneten Christel Schaldemose soll mindestens einer der vier EU-Top-Jobs, die in den nächsten Monaten zu vergeben sind, von einer Frau besetzt werden. Dabei handelt es sich um die prestigeträchtigen Chefposten des Rats, des Europaparlaments und der Kommission sowie des Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik. Gemeinsam mit anderen Europaparlamentariern, darunter aus Deutschland Lissy Gröner und Daniel Cohn-Bendit,

hat Schaldemose deshalb die überparteiliche Online-Petition „Females in Front“ aus der Taufe gehoben. Am Ende sollen eine Million Unterschriften dafür sorgen, dass die EU ihre Gleichstellungspolitik auch im eigenen Haus ernst nimmt. Derzeit sind nur neun der 27 Kommissare Frauen, eine Kommissionspräsidentin gab es noch nie. Hintergrund für die Petition ist die im Vertrag von Lissabon aufgeführte Bürgerinitiative, für die Unterschriften von einer Million EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten zusammenkommen müssen.

Paritätisch besetztes EU-Parlament?

♦ Geht es nach der Europäischen Women's Lobby (EWL) sollen im nächsten EU-Parlament Frauen und Männer jeweils zu 50 Prozent vertreten sein: Am 16. September fiel der Startschuss für die Kampagne 50/50, die die paritätische Besetzung der höchsten EU-Gremien zum Ziel hat, denn 2009 wird nicht nur das Parlament im Juni gewählt, sondern auch die Europäische Kommission neu besetzt. Die Kampagne der Europäischen Frauenlobby läuft daher über die Europawahlen hinaus bis zur Ernennung der Europäischen Kommission und anderer Top-Positionen auf EU-Ebene und soll Aktivitäten in ganz Europa anstoßen.

Das EU-Parlament hat derzeit einen Frauenanteil von 31 Prozent, der Europäischen Kommission gehören acht Frauen und 19 Männer an. Die Kampagne fordert daher alle Wählerinnen und Wähler, die nationalen Parteien und Regierungen sowie hochrangige europäische Entscheidungsträgerinnen und -träger zum Handeln auf. „Das nächste Jahr bietet uns eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Europäische Union demokratischer zu gestalten. In einer modernen Demokratie müssen Frauen und Männer gleichgestellt sein; Frauen und Männer müssen in den Entscheidungsprozessen, die sich auf ihr Leben auswirken, ausgewogen vertreten sein“, so der Aufruf. Die Unterrepräsentation von Frauen beeinträchtigt „stark die demokratische Legitimität der Europäischen

Union“, heißt es weiter. „Darüber hinaus untergräbt diese Ungleichheit alle Versuche, eine in höherem Maße integrative und partizipatorische Demokratie herbeizuführen.“ Vor diesem Hintergrund fordert die EWL „unverzügliche und langfristige Maßnahmen zur Sicherstellung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf europäischer und nationaler Ebene, um die Funktionsweise und Qualität unserer politischen Systeme zu verbessern“. Die Kampagne wird von prominenten Persönlichkeiten unterstützt, unter anderem von der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Margot Wallström, dem türkischen Schriftsteller und Nobel-Preisträger Orhan Pamuk und der ehemaligen Präsidentin des Europaparlaments Simone Veil. Aus Deutschland unterstützen Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und ihr Parteifreund und frühere Familienminister Heiner Geißler, Bischöfin Maria Jepsen und der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der Präsident der Europäischen NGOs Conny Reuter, die Schriftstellerin Gisela Steineckert sowie Renate Jaeger, Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, die ASF-Bundsvorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Elke Fener sowie die Europaparlamentarier Jutta Haug, Jo Leinen, Evelyne Gebhardt und Lissy Gröner (alle SPD), Helga Trüpel und Hiltrud Breyer (beide B 90/Grüne) die Kampagne.

sbr

Klick zur Kampagne

www.frauen-macht-kommune.de

www.5050democracy.eu

www.womenlobby.org

www.femalesinfront.eu

Spitzenverbände für mehr Frauen in Kommunalräten

♦ Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben jetzt für mehr Frauen in den Kommunalparlamenten geworben. Gleichzeitig wollen sie Frauen ermuntern, ihre Chancen in der Kommunalpolitik zu nutzen. „Die kommunale Ebene bietet wichtige Gestaltungs- und Karriereöglichkeiten für Frauen. Gerade in der Kommunalpolitik können Frauen ihre Kompetenzen und Stärken vor Ort einbringen. Hier werden Entscheidungen für alle Lebensbereiche getroffen wie Verkehrspolitik, Stadt- und Finanzplanung sowie Familienpolitik“, heißt es in einer Erklärung der Hauptgeschäftsführer der drei kommunalen Spitzenverbände vom 21. Oktober. 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts, seien Frauen mit einem durchschnittlichen Anteil von knapp 25 Prozent in den Räten der Kommunen noch immer nicht angemessen repräsentiert. „Dabei sind die Anteile von Frauen in den Räten von Städten, Landkreisen und Gemeinden regional höchst unterschiedlich“, heißt es. So liege der Anteil von Ratsfrauen in größeren Städten über 100.000 Einwohnern bereits bei 37 Prozent, während in kleineren Gemeinden die Aufholjagd gerade erst beginne.

Um Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen, gebe es bereits Mentoringprogramme, Netzwerke und Quotenregelungen. „Entscheidend für den Erfolg ist aber auch eine generelle Bewusstseinsveränderung, die eine gleichberechtigte Teilnahme von Frauen am politischen Leben und am Entscheidungsprozess auf allen politischen Ebenen begrüßt und fördert“, betonen die kommunalen Akteure. Ohne Frauen sei kein Staat und keine Kommune zu machen. Daher wollen die Spitzenverbände Bemühungen zur Erhöhung des Frauenanteils in den Kommunalräten unterstützen.

Die Europawahl 2009 in Berlin

♦ Zwischen dem 4. bis 7. Juni 2009 findet die Wahl zum Europäischen Parlament zum siebten Mal statt – die Zeitspanne von Donnerstag bis Sonntag soll gewährleisten, dass die verschiedenen Wahltraditionen in den Mitgliedsstaaten beibehalten werden können. In den meisten wird wie in Deutschland am Sonntag, dem 7. Juni, gewählt. Erstmals nehmen Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Ländern daran teil, rund 375 Millionen sind dann wahlberechtigt. Das für fünf Jahre gewählte EU-Parlament repräsentiert damit die zweitgrößte Demokratie der Welt. Nur in Indien sind mehr Wahlberechtigte aufgerufen, in einer allgemeinen, freien, direkten und geheimen Wahl ein Parlament zu wählen.

Blick in die Historie

Premiere für die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments war 1979: Damals gehörten nur neun Mitgliedsstaaten zur Europäischen Gemeinschaft (EG) – die EU wurde erst 1992

gegründet. Vor 1979 existierte zwar schon ein Europäisches Parlament. Allerdings entsandten die nationalen Parlamente der Mitgliedsstaaten damals ihre Abgeordneten, die dadurch gleichzeitig nationale und Europaabgeordnete waren. Seit der Europawahl 2004 gilt: Ein/e Abgeordnete/r ist entweder Mitglied des Europäischen oder eines Nationalparlaments.

Europa-Infos

EU-Parlament

www.europarl.de
www.europarl.europa.eu

Europa

www.europa.eu
www.eu-info.de
www.bpb.de
www.landeszentrale-politische-bildung-berlin.de

Wahlen

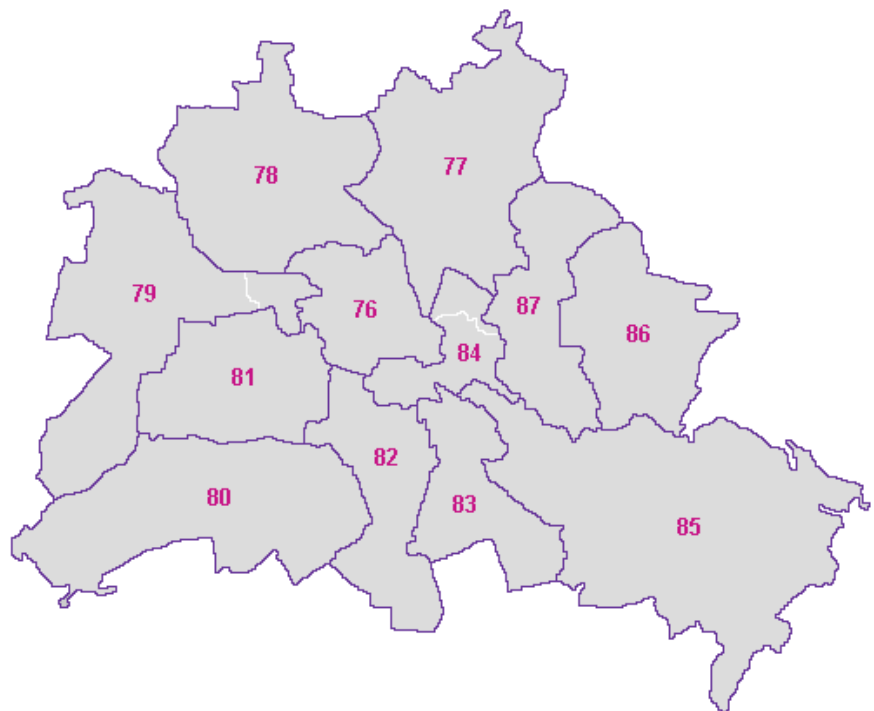
www.bundeswahlleiter.de
www.wahlen-berlin.de

Zwar sind heute die Wahlen zum EU-Parlament harmonisiert. Die meisten Regeln für die Stimmabgabe sind jedoch von Land zu Land verschieden. So hat sich die Mehrzahl der Mitgliedsstaaten für einen einzigen Wahlkreis auf seinem Staatsgebiet entschieden. Andere Mitgliedsstaaten wie Irland oder Italien haben mehrere Wahlkreise. In Deutschland stellen die Parteien in der Regel Bundeslisten mit den Kandidatinnen und Kandidaten auf, daneben sind Listen pro Bundesland zulässig.

Bei der Europawahl hat jede und jeder Wahlberechtigte eine Stimme – eine entscheidende Stimme: Das EU-Parlament ist das einzige direkt vom Volk der Mitgliedsstaaten legitimierte Organ der Europäischen Union und die Europawahl als demokratischer Akt somit das den Bürgerinnen und Bürgern eigene Instrument zur unmittelbaren Einflussnahme auf die EU-Politik. In Deutschland werden 99 Abgeordnete nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Die Bundestagswahl 2009 in Berlin

♦ Zur Bundestagswahl am 27. September 2009 werben Kandidatinnen und Kandidaten bundesweit in 299 Wahlkreisen um Stimmen. Gegenüber der Wahlkreiseinteilung zur Bundestagswahl 2005 wurden 31 Wahlkreise neu abgegrenzt. Der Grund: Die Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkreisen der einzelnen Länder soll sich soweit wie möglich entsprechen. Die Berliner Wahlkreise wurden nicht neu zugeschnitten – Berlin ist für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag wie schon 2005 in zwölf Wahlkreise eingeteilt. Von den 299 Wahlkreisen entfallen auf die Hauptstadt die Nummern 76 bis 87 (siehe Grafik des Landeswahlleiters). Die Parteien stellen bis zum Frühjahr 2009 ihre Kandidatinnen und Kandidaten auf und stellen dann die Wahllisten zusammen. Bei der Bundestagswahl haben die Wahlberechtigten zwei Stimmen: die Erststimme geben sie für eine/n Bewerber/in im Wahlkreis, die Zweitstimme für eine Partei(-liste) ab. Die Zweitstimme entscheidet über die Sitzverteilung im Bundestag.



Die Bundestagswahlkreise in Berlin entsprechen weitgehend den Grenzen der zwölf Bezirke. Mehr Informationen zur Bundestagswahl sind unter www.bundeswahlleiter.de und www.wahlen-berlin.de im Internet zu finden.

Bundespräsident Horst Köhler hat der bisherigen Vorsitzenden des Deutschen Frauenrats (DF), **Brunhilde Raiser**, am 6. Oktober 2008 das Bundesverdienstkreuz als Anerkennung für Verdienste um das Gemeinwohl der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Als Theologin und Germanistin ist sie seit mehr als 20 Jahren ehrenamtlich für die evangelische Kirche tätig, war unter anderem Mitglied des Präsidiums der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland (EFD) und zwölf Jahre lang Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe, die sich 2008 mit dem EFD zum bundesweiten Dachverband Evangelische Frauen in Deutschland (EFiD) zusammengeschlossen hat - mit der Vorsitzenden Brunhilde Raiser. Diese habe die Auszeichnung für ihr konsequentes und kompetentes Engagement für die deutsche Frauenlobby „mehr als verdient“, freute sich der DF. „Sie wirkt meinungsbildend im Dialog mit den Mitgliedsverbänden unter anderem in der Antidiskriminierungspolitik – angefangen bei der Forderung nach einem Mindestlohn und Entgeltgleichheit bis zur sozialen Absicherung von Frauen im Alter. Ein besonderes Anliegen ist ihr die geschlechtsspezifisch orientierte Menschenrechtspolitik“, würdigt der DF Raisers Arbeit und erinnerte an die von ihr in besonderem Maße mitgestaltete Kampagne „Abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ anlässlich der Fußball-WM 2006 in Deutschland.

+++++
 Brunhilde Raiser war von 2004 bis 2008 DF-Vorsitzende, im Herbst hat die Berliner **Marlies Brouwers** das Amt von ihr übernommen - sie ist in der Hauptstadt als Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) und stellvertretende Vorsitzende des LandesFrauenRates Berlin bestens bekannt. Dem DF-Vorstand gehörte die 50-Jährige KDFB-Vizepräsidentin als Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände und -gruppen bisher als Beisitzerin an. Mit ihrer Wahl würden viele Frauen die Hoffnung verbinden, „dass der Weg für frauen- und gleichstellungspolitische Belange in die Bundesregierung und insbesondere ins Frauenministerium kürzer und erfolgreicher wird“, gab ihr die LFR-Vorsitzen-

de Juliane von Friesen in einem Glückwunschsreiben mit auf den Weg. „Die Bundesrepublik hat an etlichen Baustellen wie der Gleichstellung in der Wirtschaft, bei der Entgeltgleichheit und auch nach wie vor bei der Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben Nachholbedarf.“ Bei der Mitgliederversammlung waren 114 Delegierte von 45 der insgesamt 56 DF-Mitgliedsverbände anwesend. Neben der Diplom-Ingenieurin Brouwers wählten sie **Claudia Menne** vom DGB und **Dr. Bettina Schleicher** vom BPW Germany zu den beiden stellvertretenden Vorsitzenden. Als Beisitzerinnen gehören dem neuen Vorstand an: **Dr. Dagmar-E. Denzin** (Deutscher Ärztinnenbund), **Ilona Helena Elsner** (EFiD), **Almuth Kollmorgen** (Deutscher Juristinnenbund), **Sieglinde Scheel** (Demokratischer Frauenbund), **Dr.-Ing. Kira Stein** (Deutscher Ingenieurinnenbund) und **Gabriele Wrede** (Deutscher Olympischer Sportbund). Der neue Vorstand ist für zwei Jahre gewählt.

+++++
 Die vorrige stellvertretende DF-Vorsitzende **Brigitte Triems** ist „aufgerückt“: Ende Oktober wurde sie mit großer Mehrheit zur Präsidentin der Europäischen Frauenlobby (European Women's Lobby – EWL) gewählt. Die EWL mit Sitz in Brüssel ist Europas größte Dachorganisation für Frauen-Vereinigungen und -interessenverbände aus den 25 EU-Mitgliedsstaaten und drei Staaten mit Kandidatenstatus. „Ich freue mich über die neue Aufgabe und werde mich als erstes mit aller Kraft für einen erfolgreichen Abschluss der EWL-Kampagne 50/50 einsetzen, mit der die Europäische Frauenlobby erreichen will, dass in den höchsten EU-Gremien Frauen und Männer künftig zu gleichen Anteilen vertreten sind“, so Triems nach ihrer Wahl. Als weitere Themen, für die sie sich einsetzen will, nannte sie die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen, die Beseitigung von Geschlechterstereotypen in den Medien sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen. Brigitte Triems ist Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes (dfb).

+++++
 Mit dem Bundesverdienstkreuz wurden im Herbst noch mehr Frauen ausgezeichnet: **Marita Bauer** erhielt für

ihre beispielhafte Kompetenz und ihr außerordentliches Engagement zum Wohle und im Interesse der Pflegeberufe die hohe Auszeichnung. Bis zu ihrer krankheitsbedingten Berentung Mitte 2007 war sie unter anderem Geschäftsführerin des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe (DBfK), Landesverband Berlin-Brandenburg und Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Sie begleitete aktiv die Verschmelzung zum jetzigen Regionalverband DBfK Nordost Anfang 2008.

Geehrt wurde auch **Carola Schaaf-Derichs** für ihr jahrelanges, beispielhaftes und außergewöhnliches Engagement in der Berliner Freiwilligenarbeit „Treffpunkt Hilfsbereitschaft“. Die Auszeichnung überreichte Berlins Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Heidi Knake-Werner (Linke), während der feierlichen Veranstaltung anlässlich des 20. Gründungstages der Landesfreiwilligenagentur Berlin. Schaaf-Derichs leitet seit 1992 den „Treffpunkt Hilfsbereitschaft“.

+++++
 Viele Frauen setzen Maßstäbe, wenn sie „als erste“ ein öffentlichkeitswirksames Amt bekleiden. Dazu gehörte auch **Hildegard Bartels**, die von 1972 bis 1980 als erste Frau das Statistische Bundesamt leitete und damit auch die erste Bundeswahlleiterin war. Im Herbst ist sie im Alter von 93 Jahren verstorben. Ihr Name „wird immer mit der Weiterentwicklung der Bundesstatistik und dabei insbesondere mit dem Aufbau der nationalen und internationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbunden bleiben“, würdigte die Bundesbehörde ihr Wirken.

+++++
 Die SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Bundesfamilienministerin **Renate Schmidt** (64) ist seit Anfang November Vertrauensperson bei Vodafone Deutschland und Arcor. In der neu geschaffenen Position der Ombudsfrau wird sie im Unternehmen über den Datenschutz wachen. +++++
 Auch eine andere ehemalige Bundesministerin hat eine neue Aufgabe: Die grüne Ex-Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer ist neue Diözesanleiterin von Malteser Berlin. Zuvor war sie dort als Vorsitzende des Beirats aktiv.

Frauen fühlen sich im Beruf diskriminiert

♦ Weibliche Angestellte in Deutschland leiden am stärksten unter Diskriminierung in Gehaltsfragen, Mitarbeiterinnen in den Niederlanden am wenigsten, so lautet das auf den Punkt gebrachte Ergebnis einer Studie des Jobportals CareerBuilder.de, die die Chancengleichheit am Arbeitsplatz in den USA und sieben europäischen Ländern verglichen hat. Danach gehen 45 Prozent der angestellten Frauen in Deutschland davon aus, dass sie ein geringeres Gehalt erhalten als ihre männlichen Kollegen mit denselben Qualifikationen und Fähigkeiten. Anders herum empfinden dies aber nur 20 Prozent der Männer. Insgesamt gaben 38 Prozent der weiblichen Angestellten aus den befragten europäischen Ländern an, bei der Entlohnung für ihre Arbeit Diskriminierung im Vergleich zu männlichen, gleich qualifizierten Kollegen zu erfahren. Überproportional ist mit 43 Prozent auch der Wert für Frankreich, während alle anderen Länder (Italien: 36 Prozent, Schweden: 35 Prozent, Großbritannien: 30 Prozent, Spanien: 30 Prozent und Niederlande 28 Prozent) darunter liegen. Zum Ver-

gleich: In den USA fühlen sich 34 Prozent der Frauen beim Gehalt benachteiligt.

Außerdem gaben 40 Prozent der befragten Frauen in Deutschland an, dass sie schlechtere berufliche Aufstiegschancen hätten als ihre männlichen Kollegen. 19 Prozent beklagen, dass Männern größere Flexibilität am Arbeitsplatz ermöglicht wird. Im Ländervergleich sind es wiederum die Frauen in den Niederlanden, die sich am wenigsten hinsichtlich ihrer Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf diskriminiert fühlen (20 Prozent). Die weiblichen Angestellten in Italien gaben dieses Problem am häufigsten an (50 Prozent), gefolgt von Frankreich mit 43 Prozent. In den USA trifft dies auf 26 Prozent der Frauen zu, im Schnitt der sieben europäischen Länder auf 37 Prozent.

Als Gründe für die schlechtere Bezahlung und/oder schlechtere Aufstiegsmöglichkeiten gaben 38 Prozent der Frauen in Deutschland eine Bevorzugung der Männer durch die Führungsebene ihrer Unternehmen an. Mehr als ein Drittel (34 Prozent) meinten, dass Männer in der öffentli-

chen Wahrnehmung ein höheres Gehalt benötigten, um ihre Familien zu unterstützen, und 33 Prozent glauben, dass Männer generell bessere oder öffentlichkeitswirksamere Projekte erhielten. 29 Prozent der Mitarbeiterinnen in Deutschland denken, dass Männer in Gehaltsverhandlungen aggressiver auftreten, während 23 Prozent sagen, dass Männer sich stärker den von ihren Vorgesetzten gewünschten Verhaltensmustern unterwerfen.

Online-Befragung

Für die Studie „Chancengleichheit am Arbeitsplatz“ wurde eine Online-Befragung mit über 11.000 Angestellten in Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien, Schweden, dem Vereinigten Königreich und den USA durchgeführt. Befragt wurden zwischen dem 22. Mai und dem 27. Juni 2008 insgesamt 3.711 Personen in Festanstellung (nicht in Teilzeit, nicht freiberuflich und nicht verbeamtet) in den europäischen Ländern (je nach Land zwischen 337 und 656 Angestellte) sowie 7.960 Angestellte in den USA.

Frauen mit mehr Altersvorsorge

♦ Frauen legen mehr Geld für ihr Alter zurück als noch vor fünf Jahren. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest. Über die Hälfte aller Frauen, nämlich 55,7 Prozent, erklärten, dass die Altersvorsorge für sie bei der Vorsorge an erster Stelle steht. Vor fünf Jahren waren es noch 44,7 Prozent gewesen. Dagegen stellten nur 16,8 Prozent der Frauen die Absicherung gegen Berufsunfähigkeit an die erste Stelle ihrer privaten Vorsorge. Für den Pflegefall vor allem sorgen 14,8 Prozent vor, der Erwerb von Immobilien nannte 10,3 Prozent an erster Stelle. Etwa ein Drittel der befragten Frauen gibt zwischen einem und fünf Prozent und ein weiteres Drittel zwischen sechs und zehn Prozent ihres Einkommens in eine zusätzliche private Altersvorsorge. Nur 14 Prozent von ihnen gaben an, nicht privat für das Alter vorzusorgen.

Mädchen in Technikberufen

♦ Wie finden junge Frauen den Weg in einen technischen Beruf? Diese Frage hat das „Kompetenzzentrum Technik – Diversity – Chancengleichheit“ untersucht. Fazit: Ein Zusammenspiel verschiedener Einflüsse ist für den Entschluss zu einem technischen Beruf notwendig.

Unter dem Titel „Ich will das und das ist mein Weg! – Junge Frauen auf dem Weg in Technikberufe“ berichtet der siebte Band der Schriftenreihe des Kompetenzzentrums über die Motivation junger Frauen, sich für einen technischen Beruf oder Studiengang zu entscheiden. Danach wird der größte Einfluss auf die Entscheidungsfindung den Eltern zugeschrieben. Die Meinung Gleichaltriger sei dagegen relativ unwichtig. Einzelne Angebote zur Berufsorientierung wie Aktionstage, Informationsbroschüren, Beratungsgespräche oder Praktika haben einen nur geringen Einfluss auf die Berufswahl. Allerdings unterstützen

die Kombination verschiedener Maßnahmen sowie die konsequente Begleitung des Entscheidungsprozesses junge Frauen bei der Wahl eines technischen Berufs.

Girls' Day als Anregung

Im Rahmen des Girls' Days haben 46 Prozent der befragten Mädchen Berufe kennengelernt, die sie interessieren. 39 Prozent würden gern ein Praktikum oder eine Ausbildung in einem der Berufe machen, die ihnen beim Girls' Day vorgestellt wurden. Von den teilnehmenden Unternehmen und Institutionen konnten immerhin 16 Prozent profitieren: Bei diesen haben sich Schülerinnen um Ausbildungs- oder Praktikumsplätze beworben, die zuvor am Girls' Day teilgenommen hatten.

Internet-Info: www.girls-day.de sowie www.frauenmachenkarriere.de



Studiengebühren hindern Frauen am Studium

♦ Im Jahr 2006 haben 6.000 bis 18.000 Studienberechtigte wegen der in einigen Bundesländern eingeführten Studiengebühren kein Studium begonnen. Dies geht aus der Ende Oktober veröffentlichten Studie „Studiengebühren aus der Sicht von Studienberechtigten“ des Forschungsinstituts HIS im Auftrag des Bundesbildungsministeriums hervor. Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) hatte die bereits vorliegende Untersuchung erst Mitte November veröffentlichen wollen, was ihr den Vorwurf einbrachte, die Ergebnisse der Öffentlichkeit vorenthalten zu wollen. Unter den knapp vier Prozent aller Studienberechtigten des Jahrgangs 2006, die angaben, wegen der Gebühren auf ein Studium zu verzichten, waren überdurchschnittlich viele Frauen und junge Leute, deren Eltern nicht studiert haben. „Frauen und Studienberechtigte aus hochschulfernen Elternhäusern reagieren sensibler auf Studien-

gebühren als andere Gruppen“, kommentierte Schavan. Von den 19 Prozent der Studienberechtigten 2006, die ein Studium ausschlugen, wollen 70 Prozent möglichst schnell Geld verdienen und 51 Prozent lieber gleich praktisch arbeiten. 32 Prozent von ihnen fürchten die Dauer eines Studiums, 28 Prozent brauchen für ihr Berufsziel kein Studium und bei 26 Prozent übersteigt ein Studium die eigenen finanziellen Möglichkeiten. Bei den Frauen liegt dieser Wert gar bei 31 Prozent. Für die repräsentative Studie befragte das HIS ein halbes Jahr nach dem Abitur 5.240 Personen, die im Schuljahr 2005/06 die Hochschulreife erworben haben. Studiengebühren abschaffen, Studienfinanzierung ausbauen und daraus resultierende Verschuldung verhindern, das sind die Forderungen des Freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften (fzs) aus Anlass der Untersuchung.

Typische Arbeitszeiten

♦ Erwerbstätige Frauen haben mit steigender Kinderzahl kürzere Arbeitszeiten, Männer dagegen längere – das zeigt der Report „Immer mehr Frauen sind erwerbstätig – aber mit kürzeren Wochenarbeitszeiten“, den das Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellt hat. Die Schere zwischen den Arbeitszeiten von Müttern und von Vätern hat sich danach weiter geöffnet. Der Anteil der Frauen in Deutschland, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, nimmt langfristig zwar zu, 2006 waren 61,5 Prozent aller Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren berufstätig. Auf Vollzeitstellen umgerechnet stagniert dieser Anteil jedoch seit Beginn des Jahrzehnts – so ist die auf Vollzeitstellen umgerechnete Beschäftigungsquote von Frauen unter den EU-Durchschnitt gesunken. „Die Arbeitszeiten von Frauen (Vollzeit und Teilzeit zusammengenommen) sind die zweitkürzesten in Europa, bei den Teilzeitbeschäftigten sogar die kürzesten“, haben die Forscher herausgefunden. Durchschnittlich arbeiten Frauen hier zu Lande 30,2 Stunden pro Woche. In Westdeutschland ha-

ben Frauen, die in Teilzeit arbeiten, mit 18,2 die niedrigste Wochenarbeitszeit in Europa. Bei den erwerbstätigen Männern hat sich die Arbeitszeit seit 2001 hingegen erhöht: 2006 arbeiteten sie im Schnitt 40,1 Wochenstunden – 9,3 Stunden länger als Frauen.

Frauen beschränken sich aus familiären und persönlichen Gründen auf Minijobs und Teilzeitarbeit, obwohl 60 Prozent der Frauen in Westdeutschland und 20 Prozent in Ostdeutschland gerne mehr arbeiten würden, so der IAQ-Report. Frauen hätten noch häufig die Rolle der Hinzuverdienerin im Haushalt. „Trotz aller öffentlichen Debatten über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat sich der Einfluss von Ehe und Kindern auf die Arbeitszeiten von Frauen in den letzten Jahren weiter verstärkt“, heißt es. Auf Grundlage des Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes erstellt das IAQ einen Arbeitszeit-Monitor für den Zeitraum 2001 bis 2006. Die jetzt durchgeführte Sonderauswertung ermöglicht ein differenziertes Bild von den Beschäftigungs- und Arbeitszeit-trends, die in mehreren Reports präsentiert werden.

Warum werden Frauen älter als Männer?

♦ In fast allen Ländern der Erde werden Frauen älter als Männer. Das hat Eurostats im Auftrag der Europäischen Kommission bei der Untersuchung der Lebenserwartung weltweit festgestellt. Einzige Ausnahme: Simbabwe - hier sterben die Frauen im Schnitt ein Jahr früher als die Männer. Deutsche Frauen werden dagegen durchschnittlich fünf Jahre älter als deutsche Männer, in anderen Ländern sind es sogar bis zu 13 Jahre Unterschied - so in Russland. Die höhere Lebenserwartung hat mehrere Gründe, so Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock: Frauen ernähren sich bewusster als Männer und leben insgesamt gesünder. Bei Risikosportarten halten sie sich mehr zurück, sie rauchen weniger und trinken nicht soviel Alkohol. Auch die Tatsache, dass Frauen weniger aggressiv Auto fahren, ist ein Grund. Die wichtigsten Ursachen sind also tatsächlich im Verhalten der Frauen zu finden. Doch selbst wenn diese beeinflussbaren Risikofaktoren aus den Daten herausgerechnet werden, bleibt den Frauen immer noch ein Plus von einem Jahr. Dies begründen die Wissenschaftler damit, dass Frauen eine robustere Konstitution als Männer haben. Dass gerade die Männer in Russland mit 59,9 Jahren eine solch niedrige Lebenserwartung haben, liegt laut der Studie am übermäßigen Genuss von Wodka und anderen harten Alkoholika.

LandesFrauenRat  Berlin e.V.

Weihnachtsurlaub in
der Geschäftsstelle
des LFR Berlin vom
17. Dezember 2008
bis zum
5. Januar 2009.

Tipps + Tipps + Tipps

Wie gesund esse ich wirklich?

♦ Wer Zuckerbomben und Fettfallen entkommen will, findet dazu jetzt eine nützliche Hilfe im Internet: Der Ampelcheck der Verbraucherzentralen ist Dickmachern auf der Spur und zeigt gleichzeitig, wie eine verbraucherfreundliche Nährwertkennzeichnung möglich ist. Während die Politik noch das optimale System abwägt, helfen hier die Ampelfarben Grün, Gelb, Rot bei der Bewertung des Nährstoffgehalts von Lebensmitteln. Die Internet-Nutzerin kann dabei selbst Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Salz bestimmen: In eine Maske werden die einzelnen Werte für diese „Zutaten“ eines Produkts eingegeben, die jeweils auf der Verpackung zu finden sind. Die Ampelfarben signalisieren dann, was die Nährwertangaben umgerechnet auf 100 Gramm des Lebensmittels bedeuten und bieten so eine Orientierungshilfe für den nächsten Einkauf. Eine Übersicht erläutert die einzelnen Schritte, die einfach zu bewerkstelligen sind. Darüber hinaus liefert die Website Infos rund um die Lebensmittelkennzeichnung und stellt auch die Ampelrelationen einiger Produkte in einer Liste vor.

Infos: www.ampelcheck.de

Sachverständigenrat zu Integration gegründet

♦ Auf Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung hat sich der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gegründet. Der Initiative gehören weitere sechs große Stiftungen an. Vorsitzender ist Prof. Dr. Klaus J. Bade, Begründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück. Zentrale Aufgaben des Sachverständigenrats sind Bestandsaufnahmen, Entwicklungsanalysen, kritische Politikbegleitung und die Information der Öffentlichkeit in den Bereichen Integration und Migration.

Infos: www.svr-migration.de

BerlinerInnen wollen Gemeinschaftsschule

♦ Seit dem 10. November hatten die Berlinerinnen und Berliner einen Monat Gelegenheit, auf dem Online-Portal www.zusammenleben-in-berlin.de über das Familienleben in der Hauptstadt zu diskutieren und Empfehlungen für ein familienfreundliches Berlin zu geben. Durch die Teilnahme an der Online-Diskussion haben sie direkt auf den Familienbericht 2010 Einfluss genommen. Ziel des Online-Dialogs war, ein authentisches Bild der Lebenssituation der Berliner Familien zu erhalten. „Wir wollen von den besten Experten, nämlich den Familien selber, wissen, was am Zusammenleben in Berlin noch besser werden kann. Wir setzen auf den direkten Dialog“, betonte Peter Ruhenstroth-Bauer, der Vorsitzende des Berliner Beirats für Familienfragen, beim Aktionsstart. „Der Online-Dialog gibt den Berlinerinnen und Berlinern in jedem Alter und jeder Lebensform die Möglichkeit, den nächsten Familienbericht aktiv mitzugestalten.“ Interessant: Der Favorit unter den Vorschlägen war bei einer ersten Zwischenbilanz die Einführung der Gemeinschaftsschule für ganz Berlin – dicht gefolgt von dem Vorschlag eines

neuen Betreuungsschlüssels für die Berliner Kitas und der Einführung eines Mittagessens auch für ältere Kinder. „Wir sind von den vielen Ideen und Anregungen beeindruckt: die Themen reichen von der Wiedereinführung der Vorschule über ein besseres Informationssystem für Eltern bis zur familiengerechten Gestaltung des Wohnumfeldes“, fasste Ruhenstroth-Bauer die ersten zwei Wochen des Online-Dialogs zusammen. Für Jugend- und Familiensenator Jürgen E. Zöllner (SPD) ist der Online-Dialog des Familienbeirats eine wichtige Initiative: „Die Teilnehmenden diskutieren konstruktiv, benennen Positives und formulieren konkrete Anregungen für ein noch familienfreundlicheres Berlin“. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen (CDU), ihre Amtsvorgängerin Renate Schmidt (SPD-MdB) und der Moderator und Schauspieler Ole Tillmann gehören zu den prominenten Paten des Projekts. Im Berliner Beirat für Familienfragen sind familienpolitische Akteure vertreten. Der LFR Berlin vertritt in dem Gremium die Fraueninteressen. **www.familienbeirat-berlin.de**

Rundfunkrat wählt Programmdirektorin

♦ Der Rundfunkrat des Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) hat am 13. November 2008 Dr. Claudia Nothelle zur neuen Programmdirektorin des Senders gewählt. Damit folgte das Gremium dem Vorschlag von Intendantin Dagmar Reim. Vom 1. Mai 2009 an wird Nothelle für Fernsehen, Hörfunk und neue Medien des rbb verantwortlich sein – die Bereiche werden erstmals in einer Programmdirektion zusammengeführt. Die 44-Jährige ist derzeit Fernsehredakteurin und Chefredakteurin des rbb.

„Der Rundfunkrat hat eine exzellente Journalistin in dieses wichtige Amt gewählt“, kommentierte die Rundfunkrats-Vorsitzende Dr. Ulrike Liedtke. „Wir sind überzeugt, dass Frau Dr. Nothelle den Weg in die bimediale Zukunft des Senders gemeinsam mit allen Kolleginnen und Kollegen ideenreich gestalten wird.“ Ziel der bimedialen Direktion, in der die bisherige

Fernsehdirektion und die bisherige Hörfunkdirektion aufgehen, ist die bessere Vernetzung und Qualitätssteigerung der journalistischen Angebote des rbb. Die Amtszeit von Programmdirektorin Claudia Nothelle beträgt fünf Jahre. Bei ihrer Wahl betonte Intendantin Reim, dass sie sich kein Direktionsamt ohne Frau vorstellen könne.

Claudia Nothelle wurde in Unna/Westfalen geboren und wuchs in Köln auf. Seit dem 1. November 2006 arbeitet sie im rbb. Zuvor war sie viele Jahre für das MDR-Fernsehen tätig, unter anderem beim politischen Magazin „Fakt“, in der ARD-aktuell-Zulieferredaktion, als Reisekorrespondentin in Indien, Pakistan und Afghanistan und als Korrespondentin im Hauptstadtstudio Berlin.

Der LandesFrauenRat Berlin gratuliert herzlich.



Aufruf zum Mammographie-Screening

♦ Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert (Ausschuss für Gesundheit), hat bei einer Fachtagung des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) Anfang Oktober in Berlin zur Teilnahme am flächendeckenden Mammographie-Screening aufgerufen. Die Röntgenuntersuchung der Brust sei ein wichtiges Instrument zur Früherkennung von Brustkrebs, betonte Rawert, die Beisitzerin im LFR-Vorstand ist. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass das Mammographie-Screening keinesfalls die Vorsorgeuntersuchung beim Gynäkologen ersetze, sondern diese lediglich ergänze. „Die Heilungschancen sind umso größer, je früher der Tumor erkannt wird. Nur wenn die Erkrankung im Frühstadium erkannt wird, liegen die Heilungschancen für die betroffene Frau bei über 90 Prozent, die nächsten 15 Jahre ohne erneute Diagnose zu überleben. Mit jedem Zentimeter aber sinkt diese Chance und liegt zum Beispiel bei einer Tumgröße

von 2 Zentimetern bereits bei etwa 62 Prozent“, erläuterte die Gesundheitspolitikerin.

Bisher hat erst jede zweite Berliner im Alter zwischen 50 und 69 Jahren am Mamma-Screening teilgenommen. Damit liegt die Teilnahmequote weit hinter dem von der Berliner Arbeitsgemeinschaft Mammografie-Screening (AMS) angestrebten Ziel von 70 Prozent. Deshalb will die Arbeitsgemeinschaft nun mit einer Informationskampagne unter dem Motto „Ich bin dabei“ für die Untersuchung werben. Bis zum Frühjahr 2009 sollen alle rund 435.000 anspruchsberechtigten Berlinerinnen eine Einladung zum Mammografie-Screening erhalten. Mehr als 272.000 wurden seit dem Programmstart vor zwei Jahren bereits dazu eingeladen, rund die Hälfte davon nutzte die Vorsorgeuntersuchung. Die Brustkrebsentdeckungsrate der Berliner Screening-Zentren liegt laut AMS über den Vorgaben der Europäischen Leitlinien.

Stiftungsprofessur zur Chancengleichheit

♦ Die Porsche AG und die E.ON AG stiften der TU Berlin für einen Zeitraum von fünf Jahren eine Professur zur Verbesserung des Images des Ingenieurberufs und zur Förderung des weiblichen Nachwuchses in technischen Berufen. Ein Ziel der Stiftungs-

professur „Chancengleichheit in der Technikvermittlung durch Hochschule und Medien“ ist es, mehr junge Frauen durch attraktive weibliche Rollenbilder für technische und naturwissenschaftliche Studienfächer zu gewinnen.

Aktion „Die Haut der Welt“

♦ Anna Polazzi hat die Aktion „Die Haut der Welt“ in Italien durchgeführt und war vom Ergebnis so begeistert, dass sie diese in Berlin nun wiederholen will. Hier hat sie drei Frauenorganisationen für die Kooperation gewinnen können: das interkulturelle Frauenzentrum S.U.S.I. sowie die Vereine Akarsu e.V. und Xochicuicatl e.V. Bei der Aktion sind Frauen aus allen Ländern der Welt eingeladen, zwei Stück Stoff mitzubringen, eines aus ihrer Heimat und eines aus ihrem Leben in der Migration. Beide sollen für sie eine besondere persönliche Bedeutung haben oder etwas Typisches zeigen. Bei S.U.S.I. werden sie die verschiedenen Stücke aneinander nähen und so ein multikulturelles Ge-

webe herstellen. Der Wandteppich wird im Anschluss in den drei beteiligten Einrichtungen ausgestellt. Dabei können die Besucherinnen nach ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen noch etwas in den Wandteppich einfügen und so an diesem symbolischen „Integrationsprozess“ teilhaben.

Der Teppich wird am 20. Dezember 2008 in der Zeit von 10 bis 18 Uhr bei S.U.S.I., Linienstraße 138, 10115 Berlin (Nähe U-6 Oranienburger Tor), gewebt. Ausstellungstermine sind vom 22. Dezember 2008 bis 9. Januar 2009 bei S.U.S.I., vom 12. Januar bis 23. Januar bei Akarsu in Kreuzberg und vom 26. Januar bis 6. Februar bei Xochicuicatl in Pankow.

Weniger Studierende in Berlin

♦ Die Zahl der Studierenden in Berlin ist gesunken: Im Wintersemester 2008/09 sind 133.594 Studierende an den 31 Hochschulen im Land Berlin als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Das sind 910 (0,7 Prozent) weniger als im Wintersemester des Vorjahres, teilte jetzt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg mit. Die Zahl der Studentinnen sank um 949 auf 65.978. Damit liegt die Frauenquote nunmehr bei 49,4 Prozent, im Vorjahr lag sie bei 49,8 Prozent. 18.665 Studierende hatten zu Semesterbeginn erstmals ein Studium in Deutschland aufgenommen – das entspricht dem Vorjahresniveau. An den Berliner Hochschulen sind 21.220 ausländische Studierende immatrikuliert. 53,3 Prozent der ausländischen Studierenden sind Frauen. An den acht Berliner Universitäten sind 95.239 Studierende eingeschrieben, 2.583 weniger als im vergangenen Wintersemester. Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) stieg dagegen um 1.085 auf 30.654 an. Damit beträgt der Anteil der Studierenden an Fachhochschule an der Gesamtzahl der Berliner Studierenden 22,9 Prozent. Der Frauenanteil an den Universitäten beträgt 50,9 Prozent, an den Fachhochschulen 42,3 Prozent.

Preis Frauen Europas

♦ Das Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland hat den „Preis Frauen Europas – Deutschland 2008“ an die türkischstämmige Sozialwissenschaftlerin und Publizistin Dr. Necla Kelek in Berlin verliehen. Seit vielen Jahren engagiert sie sich für die Integration von muslimischen Migrantinnen in Deutschland und setzt damit auch ein Zeichen für das Zusammenwachsen der Gesellschaften in Europa. In ihren Arbeiten und Büchern setzt sich Necla Kelek mit der kulturellen und politischen Dimension des Islam und den Folgen für die Integration auseinander. Neben ihrer Tätigkeit als Publizistin ist sie ständiges Mitglied der Deutschen Islamkonferenz und kämpft gegen die Unterdrückung und für ein selbstbestimmtes Leben der muslimischen Frauen.

Spitze: Gleichstellung an Berliner Hochschule

♦ Die Erfolge der Berliner Hochschulen bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wissenschaft sind bemerkenswert: Das Land Berlin nimmt im bundesweiten Gleichstellungsranking der Hochschulen den 1. Platz ein. So wird fast jede vierte Professur in Berlin von einer Frau besetzt, bundesweit ist es nur jede siebte. Das soeben veröffentlichte Buch „In der Vielfalt erfolgreich – Gleichstellungspolitik an Berliner Hochschulen“ vollzieht die Geschichte dieses Erfolgs nach: Der Frauenanteil an den Berliner Hochschulen

hat sich vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2007 bei den Promotionen von 38,2 auf 47,4 Prozent und bei den Habilitationen von 23,6 auf 31,6 Prozent erhöht. Der Frauenanteil bei den Juniorprofessuren betrug 2007 genau 49,5 Prozent, bei den Professuren insgesamt erhöhte sich der Frauenanteil von 13,5 Prozent (2000) auf 23,8 Prozent (2007). Dazu hat auch die Erhöhung des Professorinnenanteils bei den Neuberufungen beigetragen, der seit 2006 bei durchschnittlich 40 Prozent liegt. Berlin soll in den kommenden Jahren weiter zu einem inter-

national wettbewerbsfähigen Wissenschaftsstandort und zu einem Magneten für Studierende ausgebaut werden. Dazu gehören auch Strategien zur nachhaltigen Förderung der Chancengleichheit, denn jüngere Frauen und Männer wählen zunehmend Hochschul- und Wirtschaftsstandorte, an denen Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Faktor der Lebens- und Arbeitsqualität ist. Deshalb stellt der Senat mit dem „Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre 2008-2011“ 22,7 Millionen Euro bereit.

+++ Literaturtipps +++ Literaturtipps +++ Literaturtipps +++

Frauen in der Politik: Am 12. November 1918 – vor 90 Jahren – hat wenige Wochen nach Ende des Ersten Weltkrieges der Rat der Volksbeauftragten das Frauenwahlrecht beschlossen. Am 19. Januar 1919 bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung hatten Frauen erstmals das aktive und passive Wahlrecht. Eine Sozialdemokratin, Marie Juchacz, hielt am 19. Februar 1919 als erste Frau in einem deutschen Parlament eine Rede. Im Verlag vorwärts buch ist aus Anlass dieses Ereignisses der Band „90 Jahre Frauenwahlrecht! Eine Dokumentation“ erschienen, der von der ASF-Bundesvorsitzenden Elke Ferner herausgegeben wurde. Die Beiträge von Ursula Birsl, Gisela Notz, Inge Wettig- Danielmeier und Christl Wickert zeichnen den Kampf ums Frauenwahlrecht nach, der programmatisch im 19. Jahrhundert begann. Schon 1891 hatte die SPD im Erfurter Programm das Frauenwahlrecht gefordert, das mit den ebenfalls geforderten Veränderungen des ungleichen Wahlrechts zu einem gleichen Wahlrecht für Männer und Frauen führen sollte. Das Buch berichtet von den frühen Streiterinnen für Frauenwahlrecht und Frauenrecht im Reichstag und im Bundestag, analysiert das Wahlverhalten von Frauen seit 1919 und berichtet über 20 Jahre Quote in der SPD, die die Repräsentanz von Frauen in Parteien und Parlamenten erheblich erhöht hat (www.vorwaerts-buch.de).

Elke Ferner (Hrsg.): 90 Jahre Frauenwahlrecht! Eine Dokumentation. 2008, 14,95 Euro.

Frauen in Technikdisziplinen: Werden Gender- und Diversity-Elemente im Hochschulalltag berücksichtigt, steigt die Qualität von Lehre und Forschung. Zu diesem Ergebnis kommen Barbara Schwarze, Michaela David und Bettina Charlotte Belker, Herausgeberinnen der Publikation „Gender und Diversity in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik“. Die Integration solcher Lehrinhalte und -methoden trägt außerdem dazu bei, die Leistungen von Frauen in der Geschichte der Technik eben so sichtbar zu machen, wie ihre Beiträge zur aktuellen technischen Entwicklung. Sie werden als Anwenderinnen, Entwicklerinnen, Forscherinnen und Vermarkterinnen von Technik neu gesehen und sind somit eine attraktive Zielgruppe für innovative Hochschulen und Unternehmen. In dem Band stehen vor allem Entwicklungen und Beispiele aus Lehre, Praxis und Forschung der Ingenieurwissenschaften und der Informatik im Vordergrund. Gleichzeitig werden Rahmenbedingungen diskutiert, die diese Entwicklung auf struktureller und kultureller Ebene vorbereiten. In vier Kapiteln wird die Vielfalt des Themas „Gender und Diversity“ beleuchtet: Lösungsansätze für neue Anforderungen an Hochschulen, Gender- und Diversityaspekte in der Lehre, Gendergerechte Didaktik am Beispiel der Physik und Mathematik“ und

Gender und Diversity in der angewandten Forschung und Praxis werden exemplarisch untersucht (www.universitaetsverlagwebler.de).

Bettina Schwarze, Michaela David, Bettina Charlotte Belker (Hrsgs.): Gender und Diversity in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik. Bielefeld 2008, 29,80 Euro.

Bürgergesellschaft: Wie ist es um das Projekt Bürgergesellschaft in Deutschland bestellt? Sind die aktuell diskutierten wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Konzepte einer „aktiven Bürgergesellschaft“ überhaupt tragfähig und realistisch? Kann die Bürgergesellschaft das leisten, was sie laut Politik und Wissenschaft leisten soll? Oder dient „Bürgergesellschaft“ nur als billiger Jakob und Munnion für Sonntagsreden? Wenn „Wunsch“ und „Wirklichkeit“ so weit auseinander klaffen, ist es Zeit für eine Bestandsaufnahme und kritische Reflektion des „Gewünschten“ und „Erreichbaren“. Der jetzt erschienene Band behandelt diese Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln. Sein Verdienst besteht darin, die gerade skizzierten Fragestellungen nicht nur interdisziplinär zu verhandeln, sondern auch zum Gegenstand einer kontroversen Diskussion zu machen. *Ingo Bode, Adalbert Evers, Ansgar Klein (Hrsgs.): Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland. 29,90 Euro.*

+++++



Änderung beim Kindergeld

♦ Um jährlich mehr als zwei Milliarden Euro will die Bundesregierung Familien künftig entlasten: Mit dem Familienleistungsgesetz, das Bundeskabinett und Bundestag beschlossen haben, sollen Familien gezielt finanziell gefördert und steuerlich entlastet werden. „Alle Familien haben ab dem 1. Januar mehr in der Tasche“, betont die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen (CDU). Die im Gesetz enthaltene gestaffelte Kindergelderhöhung bereits ab dem dritten Kind soll insbesondere Mehrkindfamilien sowie Familien im unteren und mittleren Einkommensbereich zugute kommen. Berufstätige Eltern profitieren von der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit hausnaher und Familien unterstützender Dienstleistungen. Bedürftige Kinder und Jugendliche erhalten zudem ein Schulbedarfspaket von 100 Euro pro Jahr. Bundesministerin von der Leyen: „Das ist keine Unterstützung nach dem Gießkannenprinzip, sondern eine zielgerichtete und passgenaue Förderung, die die unterschiedlichen Lebenssituationen der Eltern und ihrer Kinder berücksichtigt. Familien mit vier Kindern werden ab dem 1. Januar allein durch die Erhö-

hung und Staffelung des Kindergeldes 624 Euro mehr im Jahr in der Tasche haben.“

Das Familienleistungsgesetz beinhaltet:

► **Gestaffeltes Kindergeld:** Familien mit mehreren Kindern werden stärker gefördert. Das Kindergeld wird jeweils monatlich für erste und zweite Kinder um 10 Euro auf 164 Euro, für dritte Kinder um 16 Euro auf 170 Euro sowie für vierte und weitere Kinder um 16 Euro auf 195 Euro angehoben.

► **Familien unterstützende Leistungen:** Die Förderung von Familien unterstützenden Dienstleistungen wird deutlich vereinfacht. Die Förderung wird auf einheitlich 20 Prozent der Aufwendungen von bis zu 20.000 Euro (höchstens 4.000 Euro) pro Jahr, die von der Steuerschuld abgezogen werden können, ausgeweitet.

► **Schulbedarfspaket:** Kinder und Jugendliche aus Familien, von Hartz IV (SGB II) oder Sozialhilfe (SGB XII) leben, erhalten bis zum Abschluss der Jahrgangsstufe 10 jeweils zum Beginn des Schuljahres einen zusätzlichen Betrag von 100 Euro. Damit soll die notwendige Ausstattung mit Schul- und Unterrichtsmaterialien wie Ranzen, Stifte, Hefte usw. sichergestellt werden.

Neuer Kinderzuschlag in Kraft

♦ Seit 1. Oktober gilt der weiterentwickelte Kinderzuschlag. Diese Leistung soll Familien mit niedrigem Einkommen spürbar entlasten und Kinderarmut vermeiden. Mit den Änderungen zum Kinderzuschlag haben Bundestag und Bundesrat auch Verbesserungen beim Wohngeld beschlossen, die zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Insgesamt werden für die Angebote ab dem Jahr 2009 zusätzliche Kosten in Höhe von insgesamt etwa 265 Millionen Euro brutto erwartet. „Viele erwerbstätige Eltern brauchen diese zusätzliche Unterstützung, weil ihr Einkommen nicht ausreicht, um den Unterhalt für die ganze Familie zu sichern. Es ist wichtig, dass wir Eltern fördern, die aktiv für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen und ihren Kindern so ein Vorbild sein wollen“, so Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU). „Künftig profitieren rund 250.000 Kinder vom Kinderzuschlag, das sind rund 150.000 mehr als bisher. Die Eltern können außerdem leichter erkennen, ob der Kinderzuschlag für sie in Frage kommt.“ Eckpunkte des Kinderzuschlags:

► Die Mindesteinkommensgrenze wurde abgesenkt und einheitlich auf 600 Euro für Alleinerziehende und 900 Euro für Paare festgelegt.

► Die Anrechnung für Einkommen aus Erwerbstätigkeit wurde von 70 Prozent auf 50 Prozent abgesenkt.

► Entfristung der bislang auf drei Jahre begrenzten Leistung.

► Ein neues Wahlrecht zwischen der Inanspruchnahme von Kinderzuschlag und Leistungen der Grundsicherung für jenen Personenkreis, der bei Beantragung von Arbeitslosengeld II Anspruch auf Leistungen für einen Mehrbedarf hätte. Alleinerziehende, die SGB II-Leistungen nicht geltend machen, sind nun nicht mehr aufgrund ihres durch den Mehrbedarf erhöhten Bedarfs vom Kinderzuschlag ausgeschlossen.

► Der Kinderzuschlag in seiner erweiterten Form wird wie das Elterngeld von Beginn an auf seine Wirkungen hin überprüft.

Zum Kinderzuschlag kann unter www.bmfsfj.de ein Newsletter abgerufen werden kann.

Berlin - Berlin - Berlin - Berlin - Berlin - Berlin - Berlin

FCZB gewinnt Wettbewerb

♦ Das FrauenComputerZentrumBerlin (FCZB) hat in dem von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration ausgelobten Wettbewerb „Kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz“ den dritten Preis in der Kategorie Kleinstunternehmen gewonnen. Bei der Preisverleihung am 9. Dezember wurden 14 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen von Staatsministerin Maria Böhmer für ihre Förderung von kultureller Vielfalt am Arbeitsplatz ausgezeichnet.

Das FCZB verfolgt seit seiner Gründung 1984 das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt und in der Informationsgesellschaft. Nachdem Arbeitsmarktanalysen in den 90er Jahren ergaben, dass Frauen mit Migra-

tionshintergrund auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligt und vom Digital Divide verstärkt betroffen sind, entwickelte das FCZB Weiterbildungsangebote, die Lebens- und Lernbedingungen von Zielgruppen mit Migrationshintergrund spezifisch adressieren. Dabei geht es um zwei Strategien: Angebot von Fortbildungen, die speziell für Zielgruppen mit Migrationshintergrund konzipiert sind – beispielhaft ist die IT-Fortbildung für Migrantinnen. Erhöhung des Anteils von Frauen mit Migrationshintergrund in allen Lernangeboten, über zielgruppenspezifische PR und Gestaltung von Rahmenbedingungen – besonders beliebt ist die Teilzeit-Fortbildung „Keine Angst vor Computern“.

Infos: www.fczb.de

CEDAW-Alternativbericht

♦ Die Allianz von Frauengruppen und -verbänden hat den CEDAW-Alternativbericht 2008 am 15. Dezember 2008 dem Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) übergeben. Der Bericht stellt der Frauenpolitik der Bundesregierung schlechte Noten aus: Der Gleichstellungspolitik mangelt es an Zielorientierung, sie reduziert sich fast ausschließlich auf Familienpolitik, in bedeutsamen Lebensbereichen hat sich die Situation von Frauen verschlechtert, deutliche Mängel bei der Antidiskriminierungspolitik, Gender Mainstreaming wird nicht mehr pro-aktiv verfolgt. Trotz aller positiven Maßnahmen kämpfen Frauen auf dem Arbeitsmarkt mit erheblichen Benachteiligungen, Maßnahmen gegen Gewalt greifen nicht für alle Frauen, in Werbung und Medien dominieren peinliche Rollenstereotype und es gibt nach wie vor keine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung. Nicht zuletzt fehlt es an Gleichstellungsmaßnahmen für Lesben, intersexuelle und transsexuelle Frauen. Zu diesen Ergebnissen kommen Expertinnen aus 28 Nichtregierungsorganisationen in dem Alternativbericht zum 6. Staatenbericht der Bundesregierung zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Internet-Info:

www.cedaw-alternativbericht.de

Entgeltdiskriminierung als Forschungsgegenstand

♦ Das neue „Discussion Paper“ des Harriet Taylor Mill-Instituts (04, 11/2008) ist erschienen: Miriam Belbo und Elke Wolf: Quantifizierung der innerbetrieblichen Entgeltdiskriminierung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Forschungskonzept einer mehrdimensionalen Bestandsaufnahme“. Das in dem Paper vorgestellte Forschungskonzept wird in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Forschungsprojekt umgesetzt.

Das Paper kann im pdf-Format unter www.harriet-taylor-mill.de herunter geladen werden.

ZFF: Fazit zum Elterngeld

♦ Der Bericht über die Auswirkungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes sowie dessen Weiterentwicklung „bestätigt die Richtigkeit der langjährigen Forderung des ZFF nach Einführung eines Elterngeldes“, kommentierte die Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V., Christiane Reckmann, anlässlich der Präsentation dieses Berichts am 29. Oktober 2008 in Berlin. Die Einführung des Elterngeldes sei ein Schritt in die Richtung einer nachhaltigen Familienpolitik und biete außerdem einen Anreiz für Väter, sich stärker zu engagieren. „Mehr Männer bringen sich zumindest durch eine zweimonatige berufliche Auszeit in die Betreuung des Neugeborenen ein“, so Reckmann. „Es fehlen im Bericht jedoch in den knapp zwei Jahren nach Einführung deutlich sichtbar gewordene Probleme, die eine Weiterentwicklung des Gesetzes erforderlich machen.“ So werde der Elterngeldbezug bei gleichzeitiger Teilzeitarbeit beider Elternteile ökonomisch sanktioniert: Teilen sich die Eltern die Betreuung des Kindes partnerschaftlich und reduzieren daher ihre Arbeitszeit parallel, hat dies die

Halbierung der Anspruchsdauer für das Elterngeld zur Folge. Dies wird vom ZFF kritisiert und bedarf einer gesetzlichen Nachbesserung.

Die Inanspruchnahme von nur zwei Monaten „Baby-Auszeit“ durch die meisten Väter - fast 90 Prozent der Mütter beanspruchen Elterngeld für volle zwölf Monate - zeige darüber hinaus, dass die Akzeptanz in den Unternehmen für die Väterbeteiligung noch gering ist. Die Kombination von Elterngeld und Teilzeitarbeit ist vor allem für die Männer attraktiv: Rund 20 Prozent der Väter wählen diese Lösung. Ein zusätzlicher Grund, für mehr Flexibilität in der Teilzeitregelung des Elterngeldes zu sorgen und so die Beteiligungsmöglichkeiten der Väter zu verbessern.

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Neben der AWO sind dort unter anderem die Bundesvereinigung der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNW) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativkindergärten organisiert.

Weitere Informationen:

www.zff-online.de

Elterngeld bei Teilzeit unattraktiv

♦ Nachbesserungen fordern der Deutsche Frauenrat (DF) und weitere Verbände beim Änderungsgesetz zum Bundeselterngeldgesetz. Der Bundestag hat am 13. November 2008 in zweiter und dritter Lesung über dieses Gesetz beraten. Die angedachten Änderungen reichen aus Sicht der Expertinnen aber nicht aus. Durch die gegenwärtige Ausgestaltung des Elterngeldes werde die partnerschaftliche Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung bei Eltern, die beide in Teilzeit arbeiten, im ersten Lebensjahr des Kindes praktisch verhindert, betont dazu die DF-Vorsitzende Marlies Brouwers. Bereits bei der Verabschiedung des Elterngeldgesetzes 2006 hatten verschiedene Sachverständige auf die Problematik der Eltern mit Teilzeitbeschäftigung hingewiesen. Hintergrund: Reduzieren beide Elternteile ihre Arbeitszeit und damit das Einkommen, das der Berechnung des Elterngeldes zugrunde liegt, um die Hälfte, ist ihr gesamter

Elterngeldanspruch mit dem siebten Lebensmonat des Kindes erschöpft. Dies liegt daran, dass auch bei reduziertem Einkommen ein voller Elterngeldmonat angerechnet wird.

So gesehen fördert das Gesetz die vorrangige Erziehung des Kindes durch einen Elternteil und bewirkt, dass Paare im ersten Lebensjahr ihres Kindes keine gemeinsame Teilzeitarbeit wählen. Das erste Änderungsgesetz sieht dazu aber keine Korrektur vor. Deshalb haben fünf der im Gesetzgebungsverfahren gehörten Sachverständigen, 20 Verbände, 244 Gleichstellungsbeauftragte und 33 weitere UnterstützerInnen am 14. November in einem Offenen Brief an CDU-Bundesfamilienministerin von der Leyen eine Lösung dieses Problems angemahnt. Sie betonen darin, dass die gegenwärtige Regelung weder im Interesse der Eltern noch der betroffenen Unternehmen liegen kann und zudem die Arbeitsmarktchancen von Frauen deutlich schmälert.

Frauenhäuser fordern Finanzsicherheit

♦ Die Finanzierung von Frauenhäusern könnte durch bundeseinheitliche Standards wesentlich verbessert werden – so das Ergebnis einer öffentlichen Anhörung des Frauenausschusses im Deutschen Bundestag am 12. November 2008. Von Gewalt betroffene Frauen und Kinder müssten jederzeit unabhängig von Einkommen, Herkunft, Nationalität oder Aufenthaltsstatus Zuflucht und unbürokratische Unterstützung in einem Frauenhaus ihrer Wahl finden können, erklärten dabei die Vertreterinnen der Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) und die Zentrale Informationsstelle der Autonomen Frauenhäuser (ZIF). Derzeit sei die „bundesweite Funktionsfähigkeit der Häuser nicht sichergestellt“, betonte die Sachverständige Susanne Köhler vom Deutschen Juristinnenbund. Aus ihrer Sicht sei eine bundeseinheitliche Regelung mit dem Grundgesetz vereinbar und rechtlich möglich.

Für FHK und ZIF ist klar: Die unzulängliche Finanzierung der Frauenhäuser gefährdet zunehmend den Schutz von Frauen und Kindern vor weiteren Gewalttätigkeiten. Die Organisationen, die rund 360 Frauenhäuser vertreten, fordern in einem Positionspapier deshalb eine bundes-

weit verbindliche Regelung zur finanziellen Absicherung der Hilfsangebote der Frauenhäuser. Die zunehmend praktizierte Finanzierung über Tagessätze gefährde nicht nur die Existenz der Frauenhäuser. Das extrem bürokratische Bedarfsprüfungsverfahren habe zudem einen regelrechten Abschreckungseffekt auf Frauen. Dies beeinträchtige deren Chancen, ihren gewalttätigen Partner zu verlassen, kritisieren FHK und ZIF.

Hintergrund: Jährlich suchen über 20.000 Frauen mit ebenso vielen Kindern Zuflucht in Frauenhäusern. Da sie meist im erwerbsfähigen Alter sind, fallen sie in der Regel in den Geltungsbereich des Sozialgesetzbuches II oder des SGB XII. Während diese Frauen früher Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz erhielten, sind sie heute meist gezwungen, Eingliederungshilfe für Arbeitsuchende zu beantragen oder müssen den Aufenthalt sogar aus eigener Tasche zahlen. Die gewährten Tagessätze decken den speziellen Unterstützungsbedarf von Frauen mit Gewalterfahrung nur unzureichend ab, betonen FHK und ZIF. Bei dieser Finanzierung hätten bestimmte Frauen gar keinen Anspruch auf Übernahme der Unterkunfts- und Betreuungskosten

im Frauenhaus. Dies treffe zum Beispiel auf EU-Bürgerinnen zu. Probleme hätten auch Migrantinnen, die wegen ihres Aufenthaltsstatus den Wohnort nicht wechseln dürften, ebenso wie Studentinnen und Auszubildende, die teilweise keinen Anspruch auf die entsprechenden Sozialleistungen hätten. Nur in den Bundesländern Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein sei allen von Gewalt betroffenen Frauen der freie Zugang zu Frauenhäusern unabhängig von Einkommen, Herkunft und Status möglich.

Anträge der Opposition

Grundlage der Anhörung waren drei Anträge der Oppositionsfraktionen im Bundestag: Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 16/10236) wollen, dass die Bundesregierung mit den Ländern Gespräche über eine bedarfsgerechte Versorgung der Frauenhäuser führt, während die FDP (Drs. 16/8889) diese auffordert, bis Ende 2008 einen Bericht zur Lage der Frauenhäuser vorzulegen, und die Linksfraktion (Drs. 16/6928) die Auswirkungen der SGB II-Tagessätze auf die Finanzierung von Frauenhäusern und die Möglichkeit bundeseinheitlicher Finanzierungsregeln prüfen lassen will.

60 Jahre Erklärung der Menschenrechte

♦ Zum 60. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte am 10. Dezember 2008 haben der Deutsche Frauenrat und neun weitere Nichtregierungsorganisationen in einer gemeinsamen Erklärung die „Globalisierung von unten“ unter Einhaltung der von den Vereinten Nationen beschlossenen Menschenrechte gefordert. Die bloße Existenz und Anerkennung von Menschenrechten führe nicht automatisch zu deren Umsetzung. Sanktionen seien im Falle von Menschenrechtsverletzungen nur in seltenen Fällen möglich, kritisieren die Organisationen.

Ein wichtiger Grundsatz der Menschenrechte sei die Gleichberechtigung der Frau. Dieser Grundsatz werde jedoch in eklatanter Weise verletzt. Als „skandalös“ bezeichnen die

Unterzeichnenden das selbst in Deutschland Gesetze gar nicht oder nur unzureichend auf die unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer hin überprüft und gestaltet werden.

Forderungen in Sachen Gleichberechtigung

In der Erklärung werden folgende Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichberechtigung gefordert:

⇒ flächendeckende Bereitstellung qualitativ hochwertiger Ganztageseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter und entsprechende Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler;

⇒ Bindung der Vergabe öffentlicher Mittel an Maßnahmen der Firmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern;

⇒ gesetzliche Verpflichtung zu einer Quotenregelung in Aufsichtsräten mit dem Ziel, dass spätestens in der nächsten Legislaturperiode 40 Prozent der Mitglieder von Aufsichtsräten Frauen sind;

⇒ gesetzliche und tarifliche Maßnahmen, die darauf abzielen, dass gleichwertige Arbeit gleich bezahlt wird;

⇒ ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft;

⇒ Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in den Parlamenten auf allen Ebenen.

**Aktuelle Termine
Tipps und Veranstaltungen**
www.lfr-berlin.de

Aktionsplan gegen Fremdenfeindlichkeit

♦ Das Bundeskabinett hat im Herbst den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Rassen Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ beschlossen. Ziel ist es, die Zivilgesellschaft zu stärken, da sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht durch bloße staatliche Maßnahmen bekämpfen lassen. So sollen die in dem Aktionsplan aufgeführten Programme „Vielfalt tut gut“ und „Xenos“ sowie das Beratungsnetzwerk „kompetent. für Demokratie“ zivilgesellschaftlichen Organisationen helfen, sich gegen Rechtsextremismus, Diskriminierung und Ausgrenzung zu wehren.

Konferenz der Frauenminister/innen

♦ Die Frauen- und Gleichstellungsministerinnen und -minister haben bei ihrer Bundeskonferenz (GFMK) Ende November länder einheitliche Gender-Indikatoren beschlossen. Diese sind den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Kinderbetreuung, Verdienst und Lebenswelten zuzuordnen. Auf Basis der gendersensibel erhobenen Daten soll das zuständige Bundesfrauenministerium einen „Gender Atlas für Deutschland“ erstellen lassen. Eine GFMK-Arbeitsgruppe soll die Einführung der Gender-Indikatoren weiter begleiten. Um die Chancengerechtigkeit zwischen Männern und Frauen zu fördern, hat die GFMK ebenso gendergerechte Leitlinien im Rahmen von Erziehung, Bildung und Ausbildung gefordert. Diese sollen in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz entwickelt werden. Ferner bittet die GFMK die Bundesregierung für das geplante freiwillige technische Jahr ein geschlechtersensibles Konzept zu entwickeln. Weiterer wichtiger Beschluss: „Die GFMK fordert öffentliche und private Arbeitgeber auf, eine an Chancengleichheit orientierte, familienbewusste Personalpolitik in Unternehmen, Verwaltungen und Hochschulen nachhaltig zu verankern“. Über die Regelungen für den öffentlichen Dienst hinaus seien dazu weitere Maßnahmen und Anreize nötig.

Mehr männliche Lebenspartnerschaften

♦ Im Jahr 2007 haben rund 68.000 gleichgeschlechtliche Paare in einem gemeinsamen Haushalt zusammengelebt. Das zeigen die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) machten 1996 deutschlandweit 38.000 Paare eine entsprechende Angabe - die Beantwortung der Frage nach einem Lebenspartner im Haushalt ist freiwillig. Im Zeitvergleich sei deshalb zu berücksichtigen, dass sich die Antwortbereitschaft in der Bevölkerung verändert haben kann, so Destatis. Die gleichgeschlechtlichen

Paare werden auch danach gefragt, ob sie als eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem im Jahr 2001 eingeführten Lebenspartnerschaftsgesetz registriert wurden. Hiernach gab es 2007 rund 15.000 eingetragene Lebenspartnerschaften in Deutschland. Rund zwei Drittel (67 Prozent) der eingetragenen Lebenspartnerschaften wurden von Männern geführt. Neben den Angaben zu nichtehelichen verschiedengeschlechtlichen Lebensgemeinschaften stellt der Mikrozensus seit 1996 auch Ergebnisse zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften fest

Internet-Info: www.destatis.de

Konfliktsituationen in der Schwangerschaft

♦ Die SPD-Fraktion im Bundestag hat sich Anfang November für „wirkungsvolle Hilfen in schwierigen Konfliktsituationen während der Schwangerschaft“ ausgesprochen. Mit großer Mehrheit billigte die Fraktion ein sechs Punkte umfassendes Strategiepapier und erteilte dem CDU/CSU-Vorstoß zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes eine klare Absage. Nach den Plänen der Unionsfraktion sollen Ärztinnen und Ärzte gesetzlich verpflichtet werden, nach einer Pränataldiagnostik mindestens drei Tage abzuwarten, bevor sie über die Notwendigkeit eines Spätabbruchs entscheiden. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist dieser Vorschlag nicht geeignet, betroffene Frauen wirkungsvoll zu unterstützen. „Dazu bedürfe es zuallererst einer besseren Beratung bereits vor Inanspruchnahme der pränataldiagnostischen Untersuchungen und generell einer besseren Aufklärung und Information der Frau von Beginn der Schwangerschaft an“, heißt es in dem SPD-Positionspapier.

Außerdem komme es darauf an, bessere Lebensbedingungen für Kinder mit Behinderungen oder gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schaffen. „Diese für uns entscheidenden Elemente fehlen im Ansatz der Union.“ Es hänge „in starkem Maße“ vom gesellschaftlichen Umfeld und dessen Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderungen ab, ob eine schwangere Frau und ihr Partner sich zutrauen, ein Leben mit einem behin-

dernten oder schwer kranken Kind zu bewältigen. Ziel müsse daher eine barrierefreie Gesellschaft sein, in der sich jedes Kind, unabhängig von einer möglichen Erkrankung oder Behinderung, entfalten und entwickeln kann. Mit ihrem Strategiepapier will die SPD-Fraktion Ärztinnen und Ärzte verpflichten, schwangere Frauen bereits vor jeder pränatalen Untersuchung medizinisch zu beraten und über psychosoziale Beratungsstellen zu informieren. Auch sollen Frauen besser über ihre Rechte aufgeklärt werden. Hierfür schlägt die SPD vor, den Mutterpass zu einem Informationsdokument für Frauen weiterzuentwickeln. Darin könne ein Hinweis auf den Rechtsanspruch auf psychosoziale Beratung aufgenommen werden. „Wir vertrauen den schwangeren Frauen, in schwierigen Konfliktsituationen nicht leichtfertig zu handeln und vielmehr eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen“, betonte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Christel Humme.

Der Bundesverband Evangelischer Frauen (EfiD) unterstützt die Vorschläge der SPD: Es sei notwendig, Frauen eine Beratung auch vor Inanspruchnahme einer Pränataldiagnostik zu ermöglichen und ihnen ein Recht auf Nichtwissen zuzugestehen. Die Position entspreche zudem der EfiD-Forderung, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Leben von Menschen mit Behinderungen und deren Familien zu verbessern.

DGB-Aktion: Mehr Lohn mit Schnauzbart?

Kampagne wirbt bis zum Frauentag 2009 für Entgeltgleichheit

♦ „Und so verdiene ich 22 Prozent mehr?“ – „Und so komme ich in den Chefsessel?“ – „Und so mache ich mit Kind Karriere?“ So provokant die Fragen, so provokant das Erscheinungsbild: Frauen mit Schnauzbärten demonstrierten am 22. September vor dem Brandenburger Tor für Entgeltgleichheit. Der DGB hatte dazu aufgerufen und den Platz des 18. März kurzfristig in ein Schmink- und Debatierstudio umfunktio-



Die stellvertretende LFR-Vorsitzende Marlies Brouwers (rechts) demonstrierte bei der Aktion „Schnauzbart“ mit den DGB-Frauen für Lohngerechtigkeit.

Foto: Röhrbein

niert. Viele Frauen aus Gewerkschaft und Verbänden kamen und ließen sich von Visagistinnen helfen, die Barttracht anzuziehen, um hernach mit Passanten über gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu reden. Manch zufällig vorbeikommende Studentin machte auf dem Weg zur Humboldt-Uni Halt und beteiligte sich ebenso spontan wie Touristen, die jede Menge Spaß hatten, sich mit Schnauzbart und Forderungsbanner ablichten zu lassen.

„Der Schnurrbart gehört zu den sekundären Geschlechtsmerkmalen des Mannes, die sich bei der Pubertät ausbilden. Der Schnurrbart sendet somit ein optisches Signal der Reife und Männlichkeit aus“, formuliert das Online-Lexikon Wikipedia das, was sich die DGB-Aktion „Schnauzbart“ zu nutzen macht – der Schnäuzer als untrüg-

liches Symbol von Männlichkeit steht für Geld, Macht und Einfluss. Und so weiß denn auch die Financial Times Deutschland: „Mit einem Schnauzbart scheint das Managerleben leichter.“ Schließlich war der Schnauzbart am Aktionstag nicht nur ‚Hingucker‘, sondern klare Demonstration der offensichtlichen geschlechtsspezifischen (Ungleich)Verteilung von Verdienst, Karrierechancen und Vereinbarkeit – das typisch männliche Attribut markiert Gleichstellungsdefizite, die sich durch alle Branchen ziehen.

Ein paar Zahlen: Frauen verdienen im Jahr 2006 laut Statistischem Bundesamt 24 Prozent weniger als Männer. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen in Deutschland lag bei 14,05 Euro, während der durchschnittliche Bruttostundenver-

dienst von Männern 18,38 Euro betrug. Der durchschnittliche Bruttogehaltsverdienst der vollzeitbeschäftigten Berliner lag 2007 bei 33.018 Euro und betrug damit nur 85 Prozent des Einkommens des Berliners, der im Schnitt 38.780 Euro verdiente. Bei der Aktion „Schnauzbart“ am Brandenburger Tor wussten die meisten Passanten von dieser Lohndifferenz, zeigten aber rein gar kein Verständnis dafür. Doch auch Kommentare wie „Im Öffentlichen Dienst gibt es keine ungleiche Bezahlung“ und „Bei mir im Job verdient meine Kollegin genauso viel wie ich“ waren zu hören.

Für Entgeltgleichheit wirbt auch der Equal Pay Day, der 2009 am 20. März stattfinden wird. Das Datum markiert den Zeitraum, den eine Frau über den Jahreswechsel hinaus arbeiten muss, um den Jahresverdienst ihres männlichen Kollegen zu erreichen. Neben dem Initiator, dem Netzwerk der Business and Professional Women (BPW) Germany, werden zahlreiche weitere Verbände und Organisationen die Forderung nach gleichem Lohn für Männer und Frauen mit Aktionen und Veranstaltungen weitertragen. Die „Schnauzbart“-Aktion ist Teil der DGB-Kampagne „Ich bin mehr wert!“, die noch bis zum Internationalen Frauentag 2009 Entgeltgleichheit und Chancengleichheit in den Mittelpunkt stellt.

Internet-Info: www.dgb-frauen.de

„Saure Gurke“ für ARD-Programmdirektor

♦ ARD-Programmdirektor Günter Struve hat 2008 die „Saure Gurke“ der Medienfrauen von ARD, ZDF und ORF verliehen bekommen. Der Preis wird seit 1980 für frauenfeindliche Sendungen in den öffentlich-rechtlichen Medien vergeben. Vom Aussterben bedrohte Rollenklischees seien dank Struve erfolgreich reanimiert worden, so die Medienfrauen. Diese fänden sich an immer mehr

Abenden zur besten Sendezeit. Beispiele seien „Liebe nach Rezept“, „Der Traum ihres Lebens“ und ganz besonders in „Ein Wink des Himmels“ aus der Reihe „Der Arzt vom Wörthersee“. Dabei würden immer wieder Stereotype wie die „hingebungsvolle Ärztin“, „die „lebenskluge Großmutter“, die „blonde, tief dekoltierte Sekretärin“ und die „mutige Postbotin“ strapaziert.

Kampagne „Frauen geben 8“ zu Millenniumszielen

UNIFEM-Preis wird im November 2009 verliehen

♦ Anlässlich des UN-Gipfels zu den Millenniumszielen am 25. September 2008 in New York hat der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) die Bundesregierung aufgefordert, sich verstärkt für die Erreichung dieser Ziele einzusetzen. „Als große Industrienation gehört auch Deutschland zu den Verursachern des Klimawandels“, stellt KDFB-Präsidentin Ingrid Fischbach fest. „Es ist wichtig, Frauen in den Entwicklungsländern zu stärken, Not zu lindern und sich für Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen.“ Ebenso wichtig sei ihr, sich konsequent für den Klimaschutz zu engagieren. Die Zahlen im aktuellen UN-Bericht seien alarmierend: Von den 1,4 Milliarden Menschen, die in extremer Armut leben, sind 70 Prozent Frauen. Sie leiden besonders unter den verheerenden Folgen der globalen Nahrungsmittel- und Finanzkrise und unter den Auswirkungen des weltweiten Klimawandels. Globales Denken und Handeln sei gefordert – von der Bundesregierung, vom Frauenbund, von jedem Einzelnen.

Als Mitglied der deutschen Sektion von UNIFEM, dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen, unterstützt der KDFB dessen Kampagne „Frauen geben 8“, die parallel zum UN-Gipfel startet. Damit wird besonders das dritte der acht Millenniums-



ziele – die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau – in den Mittelpunkt gestellt. Es gilt als Grundvoraussetzung für die Verwirklichung aller übrigen Ziele. Die Kampagne, die von Silvia Neid,

der erfolgreichen Trainerin der Deutschen Frauenfußballnationalmannschaft unterstützt wird, will bis November 2009 für dieses Ziel werben. Deutschlandweit sind Veranstaltungen und Aktionen geplant. Der Deutsche UNIFEM-Preis 2009 wird zu diesem Thema ausgeschrieben, den Abschluss der Kampagne bildet die feierliche Verleihung des Preises am 25. November 2009 im Haus der Geschichte in Bonn.

Die Erklärung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) aus dem Jahr 2000 setzt erstmals eine qualifizierbare politische Agenda mit einem konkreten Zeitziel fest und leitet damit eine neue Ära der globalen Entwicklungspartnerschaft ein. Zur Halbzeit 2007 wurde eine Bilanz veröffentlicht, die zwar Fortschritte zeigt, aber zugleich auch aufweist, dass die Erfolge sehr ungleich auf die einzelnen Ziele und Kontinente verteilt sind.

Informationen auf den Websites www.millenniumcampaign.de, www.unifem.de und www.bmz.de im Internet.

Weltbevölkerungsbericht: Ungleichbehandlung von Frauen

♦ „Die Ungleichheit der Geschlechter ist in vielen Kulturen noch weit verbreitet und tief verwurzelt“, heißt es im Weltbevölkerungsbericht 2008, den die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) am 12. November mit UNFPA, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, und der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD), in Berlin vorgestellt hat. Die Diskriminierung von Frauen reiche von schlechterem Zugang zu Bildung bis hin zu „gesundheitsschädigenden Praktiken“ wie der weiblichen Genitalverstümmelung. In diesem Jahr stellt der Bericht den Themenkomplex Kultur, Gender und Menschenrechte in den Mittelpunkt. Außerdem beinhaltet er Daten und Indikatoren zur weltweiten Entwicklung von Bevölkerung, Gesundheit und Bildung. „Kultursensible Ansätze sind von zentraler Bedeutung für die Ent-

wicklungszusammenarbeit. Wenn wir ernsthaft Armut bekämpfen und die Millennium-Entwicklungsziele erreichen wollen, müssen wir uns mit kulturellen Werten und Praktiken, die Frauen benachteiligen, auseinandersetzen“, erklärte UNFPA-Vertreterin Bettina Maas. Weibliche Genitalverstümmelung sei in den meisten Ländern gesetzlich verboten und gelte als eine schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte. Dennoch werde sie in vielen Kulturen als wichtiges Initiationsritual weiterhin praktiziert.

Die Benachteiligung von Frauen werde besonders im Bereich der Müttergesundheit deutlich. „Jahr für Jahr sterben eine halbe Million Frauen an Komplikationen bei Schwangerschaft oder Geburt“, erläuterte DSW-Geschäftsführerin Renate Bähr. Die Zahl der Frauen, die Verletzungen oder andere Folgeschäden davontragen, liege sogar noch höher, nämlich bei zehn bis

fünfzehn Millionen jährlich. „Seit den 1980er Jahren hat die internationale Gemeinschaft hier kaum Fortschritte gemacht. Noch immer hindern kulturelle Zwänge Frauen daran, Verhütungsmittel oder Schwangerenfürsorge in Anspruch zu nehmen.“

Laut Bericht nahm die Weltbevölkerung 2008 auf 6,75 Milliarden Menschen zu, von denen vier Milliarden in Asien leben. Bis 2050 wird mit einer weiteren Zunahme auf 9,2 Milliarden Menschen gerechnet. Dabei dürfte sich der Anteil Afrikas von knapp einer Milliarde verdoppeln. Auf dem afrikanischen Kontinent bringt jede Frau durchschnittlich 4,6 Kinder zur Welt - in Europa sind es lediglich 1,45, in Deutschland 1,36. Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren liegt in Afrika bei rund 140 von 1000 Lebendgeburten, in Deutschland sind es fünf.

Internet-Info:
www.weltbevoelkerung.de

Erklärung KDFB-Bundesausschuss Oktober 2008

Entgeltgleichheit - Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

♦ Der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) hat sich bei seiner Studientagung am 24. und 25. Oktober 2008 in Bonn mit dem Thema „Entgeltgleichheit – Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ befasst. Als katholischer Frauenverband, zu dessen Zielen es gehört, „am Aufbau einer Gesellschaft und Kirche mitzuwirken, in der Frauen und Männer partnerschaftlich zusammenleben“, nehmen wir das Spektrum weiblicher Biografien in den Blick und setzen uns für Lohngerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ein.

I. Fakten

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist in Deutschland immer noch keine Selbstverständlichkeit, obwohl Frauen und Männer nach dem Grundgesetz gleichberechtigt sind. 1985 hat sich die Bundesrepublik Deutschland gemäß dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau verpflichtet, alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen im Berufsleben zu treffen. Mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrags (1997) muss Deutschland den Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen sicherstellen. Das Verbot der Entgeltdiskriminierung ist zuletzt durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz 2006 geregelt worden. Danach dürfen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aufgrund ihres Geschlechtes nicht unterschiedlich behandelt werden. Dennoch verdienen Frauen in Deutschland deutlich weniger als Männer, trotz gleicher, teilweise sogar besserer Ausbildung und gleichwertiger Arbeit. Die EU-Kommission geht von einer durchschnittlichen Entgeltlücke von 22 Prozent aus, das Statistische Bundesamt benennt im August 2008 sogar 24 Prozent Unterschied. Damit liegt Deutschland europaweit – hier beträgt der Unterschied durchschnittlich 15 Prozent – auf dem viertletzten Platz. Hinzu kommt, dass dieser Einkommensunterschied zwischen den

Geschlechtern in Deutschland seit 1995 um ein Prozent angewachsen ist, während er sich europaweit um zwei Prozent verringert hat. Mit zunehmendem Alter steigt die Lohnlücke sogar von 15 Prozent bei den 30- bis 34-Jährigen bis auf 31 Prozent bei den über 60-Jährigen.

II. Ursachen

Ursachen für diese Entgeltunterschiede sind strukturelle und kulturelle Faktoren, die sich gegenseitig verstärken. Frauen wählen häufig Berufe in Branchen, in denen überwiegend Frauen tätig sind und die geringer bewertet und schlecht entlohnt werden. Das gilt auch dann, wenn Frauen „neue“ Berufe oder Hierarchien erobern. So sinkt das allgemeine Lohnniveau im mittleren Management, wenn Frauen verstärkt entsprechende Positionen besetzen. Frauen weisen insbesondere aufgrund von Kindererziehung und Pflege größere berufliche Unterbrechungen auf. Wiedereinsteigerinnen gelingt es häufig nicht, in die Position wieder einzusteigen, die sie bereits hatten. Oft sind sie bereit, für ein geringeres Entgelt zu arbeiten, um Familie/Pflege und Beruf miteinander vereinbaren zu können.

Frauen sind seltener in gut bezahlten Führungspositionen; es bestehen noch viele Vorurteile gegenüber Frauen vor allem in qualifizierten Positionen und männlich geprägten Branchen sowie stereotype Vorstellungen, wie ein bestimmter Arbeitsplatz ausgefüllt werden muss; Frauen, die in Teilzeit arbeiten, haben kaum Chancen auf Führungsfunktionen.

Gesellschaftlich werden Frauen immer noch eher als „Zuverdienerinnen“ gesehen, während Männern die Rolle des „Familienernährers“ zugeschrieben wird.

Die Eingruppierung auf betrieblicher Ebene – abweichend vom Tarifvertrag, durch Nutzung von Spielräumen oder durch außertarifliche Entgelte – kann die geschlechtsspezifischen Unterschiede verstärken. Die Entwicklung der letzten Jahre hin zu mehr Projekt-

arbeit, Outsourcing-Prozessen und Privatisierung, häufig verbunden mit dem Wegfall der Tarifbindung, verstärkt diese Tendenz. Denn dort, wo keine Tarifverträge gelten, sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede größer.

III. Forderungen

Um die Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern abzubauen, fordert der KDFB

(1) von Betrieben, Unternehmen und Gewerkschaften

- ▷ eine genderkritische und transparente Überprüfung der Gehaltsstruktur (Schweizer Modell LOGIB) sowie nachvollziehbare und überprüfbare Tarifverträge;
- ▷ eine einheitliche Bewertung von Frauen- und Männerarbeit;
- ▷ den Ausbau von flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeiten und Arbeitsplätzen;
- ▷ die Ermöglichung von alternierenden Arbeitsplätzen wie z.B. den Wechsel von Heim- und Büroarbeitsplatz, um somit die betriebliche Anbindung zu garantieren;
- ▷ die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen auch in Leitungsfunktionen;
- ▷ die Sicherstellung von Kinderbetreuung durch Betriebskindergärten, Kooperationen mit Kinderbetreuungseinrichtungen oder betrieblich unterstützter Tagespflege;
- ▷ die Selbstverpflichtung, Fortbildungen während der Elternzeit/Pflegezeit anzubieten und dies zu familienfreundlichen Zeiten.

(2) von Politikerinnen und Politikern

- ▷ eine Ausweitung der Vätermonate bis hin zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternzeit sowie die Überarbeitung der Regelung bei doppelter Teilzeit der Eltern (Anspruchsverbrauch);
- ▷ die Abschaffung Steuerklasse V;

Fortsetzung auf Seite 30

Dokumentation KDFB-Bundesausschuss

Fortsetzung auf Seite 29

- ▷ die Anhebung des Ausbildungsni-
veaus im Sozial-/Pflegebereich sowie
eine höhere Entlohnung;
- ▷ die Sicherstellung einer ge-
schlechtssensiblen Berufsberatung -
hierzu ist die aktive Zusammenarbeit
der Agenturen für Arbeit mit lokalen
gleichstellungspolitischen Akteuren
zu fördern;
- ▷ eine gendersensible Weiterqualifi-
zierung der in der Beratung tätigen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so-
wie gendergerechte Materialien in der
Berufsberatung;
- ▷ eine gesetzliche Frauenquote für
Aufsichtsräte von 50 Prozent.

Zugleich appelliert der KDFB an Frauen, aktiv und eigenverant- wortlich zu handeln:

- ▷ durch eine bewusste Berufswahl,
auch in den Bereichen Mathematik,
Informatik, Naturwissenschaften und
Technik (MINT-Berufe);
- ▷ durch ein selbstbewussteres Auf-
treten gegenüber ihren Arbeitgebern
und Arbeitgeberinnen, indem sie unter
dem Motto „Ich bin mehr wert“ selbst-
bewusst ihre Gehaltsforderungen
stellen.

Ein gesellschaftlicher Wandel ist notwendig

Entgeltungleichheit ist Folge von tradierten Rollenvorstellungen und festigt sie zugleich. Sie hat weitreichende Konsequenzen bis hin zu geringeren Renten und Altersarmut von Frauen. Entgeltungleichheit hat aber noch mehr als eine ökonomische Dimension: Sie ist diskriminierend und transportiert die Botschaft, dass die Arbeit von Frauen weniger wert ist als die Arbeit von Männern. Hier sind nicht nur ArbeitgeberInnen und PolitikerInnen gefordert, sondern auch die Gesellschaft. Deshalb setzt sich der KDFB unter anderem für die Institutionalisierung des Equal-Pay-Day's ein, um in der Gesellschaft das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass gleichwertige Arbeit gleich entlohnt werden muss. Der KDFB stärkt und ermutigt Frauen darin, ihre jeweiligen Begabungen zu entwickeln und ihre Lebens- und Berufsentscheidungen selbstbewusst zu treffen.

Festakt: 60 Jahre Deutscher Juristinnenbund

♦ „Yes, we can!“, bekräftigte Jutta Wagner die Forderung nach einer angemessenen Repräsentanz von Frauen in Machtpositionen und einflussreichen Gremien. Und unter den über 300 Versammelten – in der eindeutigen Übermacht Juristinnen –, die am 19. September in den Großen Protokollsaal des Reichstagsgebäudes gekommen waren, gab es keine(n), die der Präsidentin nicht heftig applaudierte. 60 Jahre nach Gründung der Vereinigung von Juristinnen, Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen und 59 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes und damit der verfassungsrechtlich verbrieften Gleichberechtigung sind Frauen immer noch im Hintertreffen. Viel habe sich verändert, aber ein Verband, der sich für die Gleichberechtigung der Frauen einsetze, sei leider nicht überflüssig geworden, so Wagner. Die schon zum 40. Geburtstag des Juristinnenbundes erhobene Forderung nach differenzierten Quoten sei nach wie vor hochaktuell, da Gleichberechtigung in vielem zwar gesetzlich geregelt, aber keineswegs gelebter Alltag sei.

Obwohl Frauen die Mehrheit der Bevölkerung stellen, sind nur knapp ein Drittel der Bundestagsabgeordneten weiblich, noch nie gab es eine Bundespräsidentin und auch im Kabinett von Angela Merkel, der ersten Bundeskanzlerin, sind die fünf Bundesministerinnen in der Minderzahl. Dieses Missverhältnis sprachen auch die nachfolgenden Rednerinnen des DJB-Jubiläumsfestaktes, Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt (CSU), Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) und Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) an. Letztere wies allerdings nicht ohne Stolz darauf hin, dass in Berlin unter den 15 Gerichtspräsidenten aktuell sieben Frauen seien, bis vor kurzem sogar neun. Dagegen legte die Bundesjustizministerin den Finger in eine aus weiblicher Sicht besonders tiefe Wunde. Sie beklagte, dass in den 100 größten deutschen Unternehmen gerade einmal eine

Vorstandsfrau zu finden sei und der Prozentsatz von Frauen in den Aufsichtsräten der 30 DAX-Unternehmen bei kümmerlichen 11 Prozent liege. Dennoch zollten alle drei Rednerinnen der Arbeit des DJB als einflussreichem Fortentwickler des Rechts – neben der Gleichberechtigung insbesondere im Familienrecht – große Anerkennung. Darüber hinaus sei der Verband ein schlagkräftiges Netzwerk, das vor allem seine zahlreichen jungen Mitglieder beim Start ins Berufsleben in großartiger Weise unterstütze. Erheblichen Anteil daran hatten auch die frühere Hamburger und Berliner Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit, heute Rechtsanwältin in Berlin, die weit über Hamburg hinaus bekannte Medienanwältin Renate Damm und die ehemalige Präsidentin des Bundespatentge-



richts Antje Sedemund-Treiber. Alle drei, die zwischen 1977 und 1993 das Amt der DJB-Bundesvorsitzenden bekleideten, wurden unter großem Beifall zu Ehrenpräsidentinnen ernannt. Diesen spendeten aber nicht nur Damen wie Jutta Limbach, ehemalige Justizsenatorin in Berlin, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Präsidentin des Goethe-Instituts, und die Präsidentin des Berliner Verfassungsgerichts Margret Diwell Applaus, sondern auch deren Ehemann, Staatssekretär Lutz Diwell, sowie die beiden Berliner Bundestagsabgeordneten und Juristen Klaus Uwe Ben-
neter (SPD) und Wolfgang Wieland (B 90/Grüne) sowie weitere Herren, die zumeist als Begleiter gekommen waren. Zu hoffen bleibt, dass sie es nicht wegen der Nahrungsaufnahme beim anschließenden Empfang getan hatten – zu essen gab es nämlich kaum etwas, dafür aber reichlich zu trinken und natürlich zu reden. Insbesondere Letzteres beherrschen die DJB-Frauen in Perfektion.

Juliane von Friesen

Internet-Info: www.djb.de

Gleichstellung: Höllisch aufpassen

♦ Vor nachlassendem frauenpolitischen Engagement hat die Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung Helene Wildfeuer gewarnt: „Wir müssen höllisch aufpassen!“ gab sie den Teilnehmerinnen der Frauenkonferenz „Weiblich – vielseitig – betroffen“ des dbb Berlin Mitte Oktober 2008 mit auf den Weg. Eine Vielzahl der Gleichstellungsprobleme sei noch ungelöst, sagte sie. So dürften sich flexible Ar-



beitszeitmodelle, die überwiegend Frauen nutzen würden, nicht negativ auf den beruflichen Werdegang auswirken. Teilzeitbeschäftigung dürfe bei Beurteilungen kein Makel sein. Die dbb-Bundesfrauenvorsitzende kündigte einen Leitfaden an, der Fallstricke bei der leistungsorientierten Bezahlung aufzeigen will.

Mit einem Eingruppierungsrecht, bei dem typische Frauentätigkeiten ge-

nerell unterbewertet werden, müsse endlich Schluss sein, betonte dazu die stellvertretende dbb-Bundesfrauenvorsitzende Kirsten Lühmann in ihrem Redebeitrag „Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst – es fehlen Frauen“. Noch weitgehend männliche Strukturen müssten durch gemischtgeschlechtliche abgelöst werden. Eine künftige höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen setze ein weitgehendes Umdenken voraus. Die „Rush-Hour“ des Lebens, in der sich Frauen in einem sehr kurzem Zeitraum für Ausbildung, Berufseinstieg, Familie und Kinder entscheiden müssten, sei nicht nur deutlich zu verlängern, sondern könne auch durch flankierende Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie entschärft werden.

Konferenzschwerpunkt war die Umsetzung der betrieblichen Gesundheitsförderung in Berlin. Hierzu forderte Berlins dbb-Chef Joachim Jetschmann die Vertragspartner der Dienstvereinbarung „Gesundheit“ auf, Strategien für deren Umsetzung zu erarbeiten.

Jahreskurs: Die Löwinnen

♦ Zum 18. Mal präsentiert der Berliner Frauenbund 1945 e.V. (BFB) seinen Jahreskurs „Mehr Frauen in die öffentliche Verantwortung – Qualifikation für soziale, politische und kulturelle Leitungsaufgaben“ mit anspruchsvollem Programm und spannenden Dozentinnen. Der Kurs richtet sich an Frauen, die leitende Positionen anstreben. Wer mehr Verantwortung übernehmen, seinen Einfluss vergrößern oder seine sozialen Kompetenzen erweitern will, ist hier genau richtig. Ob im Verein oder in der Bürgerinitiative, in einer Partei oder im Unternehmen – die berufsbegleitende Fortbildung macht Frauen über zwölf Monate fit für Ihre Aufgaben. Der Lehrgang bietet in zwölf Monaten ein umfangreiches Training in Zeit- und Selbstmanagement, Sitzungs- und Veranstaltungsleitung, Verhandlungsführung, Rhetorik/Selbstpräsentation, Öffentlichkeitsarbeit und eine fundierte Supervision praxisnaher Projekte. 18 Frauen können den im Februar 2009 beginnenden Kurs besuchen.

Mehr als 300 Frauen aus Verbänden, Vereinen und Institutionen haben in den vergangenen 18 Jahren an der BFB-Weiterbildung teilgenommen. Ein jährliches Netzwerktreffen der Löwinnen bietet allen Teilnehmerinnen Gelegenheit, in Kontakt zu bleiben. Die berufsbegleitende Weiterbildung umfasst 92 Doppelstunden und bietet eine Einführungsveranstaltung, Wochenend-Trainings und Supervision. Die Maßnahme wird von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gefördert und kostet pro Monat 115 Euro. An insgesamt drei Infoabenden können interessierte Frauen mehr über Ablauf und Inhalt erfahren und sich zum Einführungsworkshop am 14. und 15. Februar 2009 anmelden. Kostenfreie Infoabende finden am 13. Januar und 2. Februar 2009 jeweils um 19 Uhr beim Berliner Frauenbund 1945, Ansbacher Straße 63 in Berlin-Schöneberg statt. Interessierte werden gebeten, sich anzumelden (Email info@die-loewin.de; Internet www.die-loewin.de).

Broschüre zur Frauenwoche

♦ Die Dokumentation der 18. Brandenburgischen Frauenwoche „FrauenStärken leben – Mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten“ ist erschienen. Die Publikation enthält neben der Dokumentation der landesweiten Auftaktveranstaltung vom 6. März 2008 und dem von den Teilnehmerinnen verabschiedeten Aufruf „Frauen in die Kommunalpolitik!“ auch eine Auswahl von Berichten weiterer Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche. Die Broschüre kann unter www.frauenrat-brandenburg.de in der Rubrik „Publikationen“ heruntergeladen werden.

KDFB-Erklärung zum Gendiagnostikgesetz

♦ Der Bundesausschuss des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) hat sich für Veränderungen im Entwurf zum Gendiagnostikgesetz ausgesprochen. Aus Sicht des Frauenverbandes sind insbesondere die Regelungsvorschläge bezüglich vorgeburtlicher genetischer Untersuchungen bislang nicht haltbar. Die begriffliche Unterscheidung genetischer und prädiktiver genetischer Untersuchungen müsse grundsätzlich enger gefasst werden, so der KDFB. Der Gesetzentwurf hält fest, dass in vorgeburtlichen genetischen Untersuchungen nur solche Eigenschaften festgestellt werden dürfen, die die Gesundheit des ungeborenen Kindes vor oder nach der Geburt beeinträchtigen können. Dabei müssen vorgeburtliche Tests auf so genannte spät manifestierende Krankheiten, also Krankheiten, die erst im Erwachsenenalter des Betroffenen auftreten können, ausgeschlossen werden. „Derartige Untersuchungen verletzen das Recht des Kindes auf Nichtwissen“, heißt es in der Erklärung. „Zudem müssen im Gesetzentwurf wirksame Vorkehrungen getroffen werden, nach denen positive Befunde einer genetischen Diagnostik vor der Geburt keine automatische Legitimation zum Schwangerschaftsabbruch nach sich ziehen.“ Der KDFB fordert darüber hinaus umfassende Aufklärung und Beratung über pränatale Diagnostik.

Der LandesFrauenRat Berlin

wünscht ein gesegnetes
Weihnachtsfest
 und einen guten Start
 ins **Jahr 2009!**



Von Sprachenstreit und Denkblockaden

♦ „Die Sprache der Bundesrepublik ist deutsch“ - natürlich, da will auch der Deutsche Ärztinnenbund CDU-Fraktionschef Kauder und Wirtschaftsminister Glos (CSU) nicht widersprechen. Ob nun ins Grundgesetz oder nicht, sei zunächst dahingestellt. Was aber treibt Wirtschaftsminister Glos um, wenn er als Beispiel für die „Verhunzung der deutschen Sprache“ Anglizismen wie „upgraded“ und „Wortschöpfungen wie Gender Mainstreaming“ nennt. Warum gerade letzteres und nicht zum Beispiel „Benchmarking“, in der Terminologie seines Fachs doch sicher häufiger als Gender Mainstreaming im Gebrauch! Der Deutsche Ärztinnenbund wünscht sich aus dem Wirtschaftsministerium einen treffenden Begriff, der die Forderungen des Gender Mainstreaming

(die gleichwertige Berücksichtigung der Interessen sowohl von Männern als auch Frauen in sozialer und kultureller Hinsicht) ausdrückt, und dazu natürlich noch jede Menge Initiativen, um dies dann in die Realität der Wirtschaft unseres Landes umzusetzen. Vielleicht könnte auch ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, der zum Ziel hat, sowohl den passenden Begriff als auch die wirksame Umsetzung der auf EU-Ebene bereits rechtlich verbindlich festgeschriebenen Strategie voranzubringen. Und vielleicht würden damit - mit Blick auf Herrn Glos? - Berührungspunkte bei der Politik abgebaut und die Politiker (und manche Politikerinnen) zur Umsetzung einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming motiviert?

Gabriele Münter Preis zum Thema „VORREITERIN“

♦ Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend lobt in diesem Jahr zum sechsten Mal den Gabriele Münter Preis, den renommiertesten Kunstpreis für Bildende Künstlerinnen in Deutschland, aus. Vergeben wird der Preis in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler, dem Verband der Gemeinschaften der Künstlerinnen und Kunstförderer GEDOK und dem Bonner Frauenmuseum. Die Auszeichnung ist mit 20.000 Euro dotiert. Zum Wettbewerb eingeladen sind professionelle Bildende Künstlerinnen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die vor dem 31. Januar 1969 geboren sind. Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) wird die Auszeichnung im Frühjahr 2010 in Berlin übergeben. Vierzig ausgewählte Künstlerinnen werden einschließlich der Preisträgerin ihre Werke im Martin-Gropius-Bau präsentieren. Anschließend ist die Ausstellung im Frauenmuseum in Bonn zu sehen. Das Thema des diesjährigen Wettbewerbs lautet „VORREITERIN“. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2009. Die Teilnahmebedingungen stehen unter www.frauenmuseum.de zum Download bereit und können auf dem Postweg angefordert werden (bitte adressierten und mit 0,55 Euro frankierten Briefumschlag beilegen): Gabriele Münter Preis-Büro im Frauenmuseum, Ulrike Mond, Im Krausfeld 10, 53111 Bonn, Telefon: 0228/69 19-55, Fax: -64, Email: info@gabrielemuenterpreis.de.

**Den Frauen, die so
 sein wollen wie
 Männer, mangelt es
 an Ehrgeiz.**

Timothy Francis Leary
 amerikanischer Psychologe